

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. ...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeitspalte. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von H. Brep. Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Zum Lohnabbauaufstand in der chemischen Industrie.

I.

Wie bereits mitgeteilt, haben die Unternehmer der chemischen Industrie es tatsächlich fertiggebracht, die Lohnsätze zu kündigen, um die Löhne abzubauen. Beim Abschluß dieser Nummer des „Proletariers“ lagen die Kündigungen für folgende Bezirke vor: Essen I und II, München, Steffin, Dresden, Hannover-Süd und Hannover-Nord, Breslau, Hamburg, Mecklenburg. Solange die Kündigung der Tarife nicht schriftlich in unseren Händen war, konnte man immer noch im Zweifel sein, ob die Chemie-Industriellen den Mut ausbringen würden, die Lohnabbaufrage aufzuwerfen. Wir haben unsere Kontrahenten falsch eingeschätzt und gesehen, die Unternehmer der chemischen Industrie haben die Unternehmer aus den verschiedensten Berufszweigen an Mut bedeutend übertroffen. Man kann neugierig sein auf die Art der Begründung für die Notwendigkeit eines Lohnabbaus. Vielleicht engagieren die Herren einen wirtschaftspolitischen Schlangenhändler, der die traurige Aufgabe der Begründung übernimmt. Wir geben heute schon das Versprechen ab: Gelingt es den Unternehmern, ihre Not nachzuweisen, dann sind wir bereit, nicht nur unter den Chemiearbeitern, sondern auch unter den durch die Rationalisierung in der Chemie arbeitslos gewordenen Arbeitern

eine Sammlung für die Chemieindustriellen und ihre notleidenden Familien zu veranstalten.

Wiederholt haben wir auch im „Proletarier“ festgestellt, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihren Reallohnern noch lange nicht an erster Stelle steht, wie sie es eigentlich müßte, angesichts der Tatsache, daß die deutsche Industrie technisch mit an der Spitze steht, daß von allen Industrien der am Weltkrieg beteiligten Staaten — abgesehen von USA. — die deutsche Industrie am raschesten wieder auf der Höhe war. Trotzdem hat die deutsche Industrie seit Jahren in dema-

gogischer Weise, mit den verwerflichsten Mitteln die bürgerliche Öffentlichkeit, die Behörden, ja selbst einen Teil der Arbeiterschaft psychologisch derartig beeinflusst, daß die genannten Kreise anfangen, an die Not der deutschen Kapitalisten zu glauben. Aus dieser Hege heraus ist der Nationalsozialismus erwachsen. Er ist das geistige Erzeugnis dieser jahrelangen unwahren Propaganda.

Die Führung im Kampfe gegen die Sozialversicherung, für den Lohnabbau usw. hatte bisher unbestritten die chemische Großindustrie, denn ein Großindustrieller dieses Industriezweiges ist Vorsitzender des Reichsverbandes für die deutsche Industrie. Und als erst einmal der Reichsarbeitsminister umgeworfen war (Hynhauser Spruch), da ging es Schlag auf Schlag. Eine Industrie nach der anderen baute die Löhne ab, zum Teil mit Mitteln, die an Erpressung grenzten.

Die chemische Industrie hat nunmehr dem Lohnabbauaufstand die Krone aufgesetzt.

Sie, die kapitalkräftigste, die wirtschaftlich gefündeste Industrie mit den höchsten Gewinnen, sie, die im Auslande Tochtergesellschaften gründen muß, um ihre Gewinne unterbringen zu können, aber nur noch fetter wird, sie untersteht sich, ihren Proleten zuzumuten, sie sollen hungern zugunsten derer, die im Fett erstickten.

Jahr für Jahr, einschließlich 1930, berichtet die Chemie und insbesondere die Großchemie über gute Geschäfte. Und selbst wenn einige kleine Betriebe, die von den großen kaputt gemacht wurden und werden, Not leiden würden, hätte dann die Großindustrie ein Recht, den Lohn abzubauen? Was wäre das für eine Moral, die paar kleinen erledigten Betriebe in die vordere Linie zu stellen als Schaubjekt, um Not vorzutäuschen und neue Beute heimzuholen?

Die Produktion ist zurückgegangen, sagen die Unternehmer. Diese Behauptung trifft für die Chemie nur in ganz geringem Maße zu, wie an ihren eigenen und amtlichen Berichten gezeigt werden soll. Und selbst, wenn die Produktion zurückgegangen wäre, die Not der Chemieherren könnte damit nicht nachgewiesen werden. Warum?

Früher, bei freier Konkurrenz, gingen bei Eintritt der Krise sofort die Preise herunter, heute aber nicht, ja sie werden teilweise sogar noch erhöht.

Produktionsrückgang bedeutet also heute nicht mehr Gewinnrückgang.

Es kann um so weniger von einem Gewinnrückgang gesprochen werden, da infolge der Rationalisierung die Gesamtlohnsumme bedeutend geringer geworden ist, und infolge der geringeren Arbeiterzahl die sozialen Leistungen der Firmen wesentlich niedriger sind als früher, denn sie — die Firmen — brauchen nicht mehr so viele Beiträge aufzubringen. Ist also das variable Kapital — die Lohnsumme — im Verhältnis zum konstanten Kapital (die Unternehmer sagen: die fixen Kosten) geringer geworden, so ergibt sich daraus, was die Unternehmer von der Buntpapierindustrie selbst festgestellt haben, nämlich

daß ein Lohnabbau um 5 bis 8 Prozent auf die Herstellungskosten nur den Bruchteil eines einzigen Prozent ausmacht.

Wie schlecht es der chemischen Industrie und insbesondere der chemischen Großindustrie geht, ist aus der Tabelle über die Jahresabschlüsse ersichtlich.

Table with 12 columns: Chemical Industry (ohne J.-G., mit J.-G.), and Rubber & Allied Industries (Gummi- und Abfettindustrie). Rows include: Zahl der Gesellschaften, Davon verteilten Dividende, Anlagewerte, Vorräte, etc.

Man darf natürlich nicht annehmen, daß Gesellschaften ohne Dividende ihre Teilhaber, mindestens aber die bedürftigsten Herren leer hätten ausgehen lassen. Aber Handelsunkosten geht so vieles, wovon der Fernstehende nichts weiß. Auch Sitzungsgelder erreichen je Mann und Jahr mitunter eine Höhe, daß einem die Haare zu Berge stehen. Die in- und ausländischen Tochtergesellschaften sind sehr freigebige Institutionen, deren rechte Hand vieles tut, ohne es die linke wissen zu lassen. Auch Finanzierungsgesellschaften sorgen für Dividenden, von denen der Produktionsbetrieb bzw. die Leistung nichts weiß. Unsere Tabelle zeigt eine glänzende Aktivität. Die Anlagewerte bei den chemischen Betrieben einschließlich des J.-G.-Ertrags sind seit 1927 gestiegen von rund 1 875 800 000 Mk. auf 2 088 400 000 Mk., die Vorräte von 691 400 000 Mk. auf 881 500 000 Mk. Ähnlich ist es bei den „übrigen Aktiva“ und dem Aktienkapital und besonders bei den Reserven. Auch Roh- und Reingewinn haben eine glänzende Entwicklung durchgemacht, allerdings noch besser bei der Jgtag für sich allein. Ob die Schulden wirklich Schulden in der angegebenen Höhe sind, weiß kein Mensch. Gesellschaften mit Konzernverbindungen oder eigenen Gründungen im Auslande haben die Möglichkeit, bei sich selbst Geld anzunehmen.

In unserer Tabelle sind die Aktiengesellschaften von 1928 — abgesehen von der Jgtag — nicht dieselben wie 1929/30. Die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie verfügen heute über ein Aktienkapital zuzüglich Reserven von zusammen 2,8 Milliarden Mark. Ihre Aktiven betragen rund 4,6 Milliarden Mark, davon entfallen allein auf die Jgtag 1,8 Milliarden. Vom gesamten Reingewinn der chemischen Unternehmungen entfielen nach den letzten Abschlüssen auf die Jgtag 55 Prozent. Unter solchen Umständen fragt man sich bei all dem Gemurmel der deutschen Kapitalisten:

Sind wir in Deutschland nun eigentlich wirtschaftlich oder moralisch bankrott?

Das letztere scheint wahrscheinlicher zu sein. Unsere Wirtschaft und speziell auch die chemische ist kerngesund. Die

Chemie konnte Jahr für Jahr und Quartal für Quartal über gute Geschäfte und gute Aussichten berichten. Während die Arbeiter dieser Industrie zu Tausenden auf die Straße gesetzt werden, geht es den Unternehmern der Chemie nach ihren eigenen Angaben sehr gut. So lautet der Bericht der Jgtag für das 3. Quartal 1930:

Die Absatzverhältnisse in Farbstoff und Färbereihilfsprodukten entsprechen denen in den beiden vorangegangenen Quartalen.

Chemikalien und Lösungsmittel sind nach wie vor etwas abgesetzt.

Die Kapazität der Kunstseidenbetriebe wurde voll ausgenutzt.

In Deutschland erfolgten Verkäufe auf Vorjahresbasis. Vorkaufseide bei festen Preisen stark gefragt, ebenso Viskose.

Beschäftigung in Photographika einschließlich Kinofilmen erwartungsgemäß.

Der Abschluß des Stickstoffpakttes brachte eine Belebung des Düngemittelgeschäftes auch im Auslande, insbesondere in Salpeter war der Absatz beständig.

Die Zusammenarbeit in der Kohlehydrierung mit der Standard Oil of New Jersey entwickelt sich nach wie vor günstig.

Der Bericht lautet trotz sehr vorsichtiger Abfassung — mit Rücksicht auf die Lohnabbaukrankheit — äußerst günstig. Daß in diesem oder jenem Artikel Schwankungen im Umsatz zu verzeichnen sind, kommt ja auch bei günstigster Konjunktur vor.

Auch der Bericht für das 4. Quartal 1930 ist vorwiegend günstig. Es heißt da:

„In einer Aufsichtsratsitzung, die am 10. Januar 1931 erstmalig im neuen Verwaltungsgebäude der I.-G. Farbenindustrie, AG., Frankfurt a. Main, stattfand, wurde über die Geschäftsentwicklung im vierten Quartal 1930 folgendes berichtet:

Das allgemeine Bestreben nach Lagerverringering ist auch bei unserer Abnehmerchaft erkennbar, indem nur für den notwendigen Bedarf bestellt wurde. Das neue Jahr dürfte daher bei den Verbrauchern nicht mit größeren Lägern vorbelastet sein.

Der Farbenabsatz hat sich trotz der allgemeinen unbesriedigenden Lage der Textilindustrie auch im vierten Quartal gut gehalten.

Der Umschlag der Mode nach dunklen Nuancen und die verhältnismäßig günstige Beschäftigung verschiedener Spezialindustrien, namentlich der Papierindustrie, hat es möglich gemacht, einen erheblichen Teil des Ausfalls weitzumachen, der an sich durch den Rückgang im Textilegeschäft bedingt war. Dies gilt sowohl für das Inland wie für unsere Ausfuhr, die sich, soweit heute festliegen, verhältnismäßig auf gleicher Höhe gehalten hat wie diejenige der anderen Haupterzeugländer.

Chemikalien ebenso wie Lösungsmittel sind gegenüber dem Vorquartal unverändert abgesetzt. In Stickstoffdüngemitteln ist der Inlandsabsatz gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Im Ausland wirkten sowohl für Düngestickstoff als auch für technischen Stickstoff die vorhandenen Überkapazitäten in gleichem Sinne ein. Es ergibt sich hiernach für Stickstoff eine rückläufige Bewegung des Gesamtumsatzes, die sich jedoch in der Hauptsache auf schwefelhaltiges Ammoniak erstreckt, während der Absatz in den Spezialprodukten nahezu unverändert blieb.

In Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen Depression kann die Lage des Phosphatmarktes als befriedigend bezeichnet werden. Das Amateurgeschäft entwickelte sich der Saison entsprechend. Die Umsätze in Rohsilber und in Amateur-Kinematiken haben zugenommen.

Die Kunstseidenpreise gingen weiter zurück. Der Druck der Auslandskonkurrenz ist noch stärker geworden. Auf den Vorkaufsmarkt hatte die Preislenkung keinen belebenden Einfluß. In der Frage einer internationalen Verständigung sind keinerlei Fortschritte zu verzeichnen. Die Preisermäßigung für Viskosefaser hat sich im Verkauf günstig ausgewirkt. Die Produktion kann ohne Schwierigkeiten abgesetzt werden.

Der Verkauf pharmazeutischer Produkte blieb auch im abgelaufenen Quartal reger. Die Gesamtumsätze der Gesellschaft ist angesichts der großen Krise als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen.

Diese beiden Quartalsberichte sagen einfach, für die chemische Industrie gibt es keine Krise.

Ist es angesichts dieser Sachlage nicht unerhört, daß eine solche Industrie es wagt, mit Anträgen auf Lohnabbau zu kommen? Ist denn die Scham wirklich zu den Händen geflohen?

In einem weiteren Artikel werden wir uns gestatten, noch mehr auf die Details einzugehen.

Die letzte Krise?

U. Salast.

Die gewaltige Krise der Weltwirtschaft zeugt von dem Verfall des Kapitalismus in der Erfüllung seiner Aufgabe, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und ihr Beschäftigung zu geben. Die Produktionsanlagen sind überall in der Welt vorhanden und können gewaltige Gütermengen erzeugen. Auch sind die Arbeitskräfte da, die heute müßig liegen. Es wird trotzdem nicht genug produziert, es herrscht trotzdem gewaltige Arbeitslosigkeit. In der diplomatischen Sprache der Vorkriegszeit wurde die damalige Türkei als der „kranke Mann Europas“ bezeichnet. Der kranke Mann von heute ist der Kapitalismus. Es erhebt sich die Frage: Wird der Kapitalismus diese Krise überleben? Ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise auch die letzte? Bisher wurden die Krisen stets überwunden, um einem neuen Aufschwung Platz zu machen. Somit schließt unsere Frage auch die andere ein: Ist die gegenwärtige Krise eine andere als die früheren? Und wenn ja, worin besteht der Unterschied?

Man findet auf diese Fragen verschiedene Antworten. Die „Zusammenbruchstheorie“, die besagt, daß der Kapitalismus notwendigerweise an seinen inneren Widersprüchen zusammenbrechen muß, feiert ihre Auferstehung. Sie wird gewöhnlich so gedeutet, daß dieser Zusammenbruch bereits als Folge der gegenwärtigen Krise unvermeidlich erfolgen muß.

Ganz schroff steht ihr die andere Auffassung gegenüber, die man vornehmlich im Lager der Unternehmer vorfindet. Diese Kreise behaupten, daß die gegenwärtige Krise wie alle anderen nur ein Zeichen des Wachstums der Wirtschaft sei, eine Krankheit, deren Überwindung in dem vom Kapitalismus gelenkten Wirtschaftskörper neue Kräfte zur Entfaltung bringen wird. Nach Überwindung der Krise werde der Kapitalismus mächtiger als je dastehen, zumal die Unternehmer in allen Ländern damit rechnen, daß sie aus der Krise mit gestärkter Macht hervorgehen. Kann doch das Elend und die Not der Arbeiterschaft ausgenutzt werden, um die Organisationen der Arbeiterschaft zu schwächen und den Arbeitern den Willen des Kapitals aufzuzwingen.

Noch eine dritte Einstellung zur Wirtschaftskrise findet sich. Diese besagt, die gegenwärtige Krise sei eine gewöhnliche kapitalistische Krise, die der Kapitalismus stets wiederkehrend (periodisch) hervorbringen muß, indem er stets erneuert Mißverhältnisse (Disproportionalitäten) unter den einzelnen Produktionszweigen auf der einen, zwischen Produktion und Verbrauch auf der anderen Seite schafft. Diese Auffassung legt das Hauptgewicht auf die Verwüstungen der Krise, d. h. auf die Krankheit selbst, sieht die Krise als eine qualvolle Gewalttat für die Wiederherstellung der gestörten Proportionen an und beklagt sie als eine verhängnisvolle Folgerscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sie rechnet jedoch damit, daß die Krise derart überwunden wird, daß sie dem Kapitalismus nichts anhaben kann. Die Befestigung des Kapitalismus kann nicht von der Krise, sondern nur von anderen Kräften erwartet werden, vom organisierten Willen der Menschen, die, des unwürdigen kapitalistischen Systems überdrüssig, den Willen, es zu beseitigen, in ihr Bewußtsein aufzunehmen und für diesen Zweck zu kämpfen bereit sind. Wie sollen wir uns gegenüber diesen verschiedenen Auslegungen der Krise verhalten?

Zunächst ist zu fragen: Ist die gegenwärtige Krise eine andersartige als es die früheren waren? Das deutsche Konkurrenzministerium machte kürzlich die Feststellung, daß der Unterschied zwischen der gegenwärtigen Krise und den früheren Krisen besteht darin, daß der Rückgang der Produktion in keiner vorangehenden Krise so groß, der Umfang der Arbeitslosigkeit auch nie so gewaltig war wie in der gegenwärtigen. Diese Feststellung besagt zunächst nur so viel, daß die gegenwärtige Krise an Umfang größer ist als die früheren, was an sich noch keinen Unterschied im Charakter der Krise selbst bedeutet. Indessen zeigt sich bei näherem Zusehen, daß das gewaltige Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die starke Einschränkung der Produktion gegenüber früher nicht zufällige Erscheinungen sind, sondern in den Veränderungen im Aufbau der Wirtschaft — Strukturveränderungen — begründet sind. In früheren Krisen hatten wir im großen und ganzen die freie Konkurrenz in der Wirtschaft. Gegenwärtig haben wir in großen Teilen der Wirtschaft das Vorherrschen des Monopolkapitals. Die Ausbeutung der Arbeiterschaft führt in beiden Systemen, sowohl im Konkurrenz- wie im Monopolssystem zum Zurückbleiben der Massenkaufkraft hinter der Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel. Während aber in dem ersten Fall dieses Zurückbleiben darin seinen Ausdruck findet, daß man mehr als auf Grund der erhöhten Leistungsfähigkeit hergestellten Waren keinen Absatz finden, werden im Monopolkapitalismus die nicht absehbaren Waren überhaupt nicht hergestellt, da das Monopolkapital im Falle des Absatzrückganges — Gegenstand für freien Wirtschaft die Produktion so stark zusammenzupressen. (Andererseits sieht es in der Agrarwirtschaft, wo eine solche Einschränkung der Produktion großen Schwierigkeiten begegnet.)

Ebenso ist es kein Zufall, daß die Arbeitslosigkeit zur Zeit auch im Vergleich zur erhöhten Bevölkerungszahl um soviel größer ist als zuvor. Einmal erdrossener Monopolwirtschaft und die damit verbundenen Schutzgölle den Preisabfall der verhältnismäßig überfertigten Produkte, der in Krisenzeiten zur Wiederherstellung der gestörten Proportionen sonst stets durchgeführt wurde. Zum anderen verändert die Monopolwirtschaft die Richtung der Kapitalbildung. Die Monopole ziehen dank ihrer hohen Gewinne das Kapital an sich, verwenden es aber häufiger in den eigenen Betrieben oder lassen es brachliegen, und entziehen Kapital anderen Teilen der Wirtschaft. Dadurch wird die Errichtung von solchen Kapitalanlagen, die für die Wiedereinstellung der freigesetzten Arbeiter in die Produktion erforderlich wären, verhindert.

Anderer Strukturveränderungen der Wirtschaft, die mit dem Vorwachen der Monopole zum Teil ebenfalls im Zusammenhang stehen, wie das ungewöhnlich rasche Tempo des technischen Fortschritts, damit in Verbindung die Veränderung der Lebensgewohnheiten, die wegen der Freisetzung von Arbeitskräften und wegen der zunehmenden Proletarisierung breiter Schichten größere Belastung des Arbeitsmarktes (Arbeitsangebot von Frauen und früheren Rentnern), die

Aufblähung des Handelsapparats, gleichfalls mitbedingt durch jene Strukturänderungen, geben der gegenwärtigen Krise ein besonderes Gepräge. Man kann mit Recht sagen, daß der Abschnitt des Kapitalismus, in dem wir uns befinden, ein anderes Gesicht hat als die früheren Abschnitte. In dem Maße, wie der Kapitalismus sein Gesicht geändert hat, mußte auch die Krise sowohl ihren Charakter ändern. In diesem Sinne kann man also davon sprechen, daß die gegenwärtige Krise eine andere ist wie die früheren, ohne in Widerspruch zur These zu geraten, daß auch diese Krise eine notwendige Begleitererscheinung der kapitalistischen Wirtschaft ist und durch Heraufbeschwörung der erwähnten Mißverhältnisse entstand.

Die Berücksichtigung der Strukturänderungen der Wirtschaft, die auch der gegenwärtigen Krise ihr Gepräge geben, gestattet uns, auch in den Streitfragen, die heute so oft aufgeworfen und so unbefriedigend beantwortet werden, zu klaren Einsichten zu gelangen. Haben wir heute eine Überproduktion oder eine Unterproduktion, eine Überakkumulation oder eine Unterakkumulation? Besteht das Übel darin, daß zuviel produziert, oder darin, daß zu wenig verbraucht wird? Daß zu viel, oder daß zu wenig Kapital gebildet wird?

Auf den Willen zum Sozialismus kommt es an.

Der Sozialismus kommt nicht von selbst, aus geschichtlichen Ursachen, die ohne Zutun unserer bewußten Absicht das Handeln der Menschen mechanisch bestimmten. Es bedarf vielmehr zu seiner Herbeiführung des zielbewußten Willens, der nur gerade jetzt, zu dieser Zeit und an dieser Stelle, einzusetzen ist. Genauer: es bedarf des zielbewußten Willens einer der Gemeinbarkeit ihrer Interessen und der Stärke wie des Rechts ihrer Position bewußten, sich unbeschadet aller Unterschiede solidarisch fühlenden Masse einer selbst- und zielbewußten Klasse.

E. v. Affler („Marx und die Gegenwart“ Verlag: J. E. B. Mohr, Tübingen).

Wir sind der Meinung, daß die Fragen in dieser Form überhaupt nicht richtig gestellt sind. Aus dem Gesagten geht hervor, daß heute — abgesehen von einzelnen Sondergebieten — nicht zuviel, sondern zu wenig produziert wird. Diese Feststellung steht jedoch nicht, wie gewöhnlich gesagt wird, in Widerspruch dazu, daß der zu geringe Verbrauch als wichtigste Krisenursache zu gelten hat. Im Gegenteil, gerade deshalb wird zu wenig produziert, weil infolge der gestörten Proportionen in der Wirtschaft und infolge der rückständigen Massenkaufkraft die Produkte keinen Absatz finden und sie daher — wozu erst die Monopolwirtschaft weitgehend die Möglichkeit bietet — überhaupt nicht erzeugt werden. Es ist vollkommen richtig: Man müßte mehr produzieren, um aus der Krise herauszukommen. Man kann jedoch nur dann mehr produzieren, wenn mehr konsumiert werden kann.

Was nun die Frage der Akkumulation (Kapitalbildung) anbelangt, so entstand diese Krise zweifellos durch eine allzu große Kapitalbildung an wichtigen Stellen der Wirtschaft, die die Leistungsfähigkeit bestimmter Produktionszweige gegenüber anderen und gegenüber der Massenkaufkraft übermäßig erhöhte (Überakkumulation). Das steht aber nicht im Widerspruch zu der Feststellung, daß wir heute eine zu geringe Kapitalbildung (Unterakkumulation) haben, ja es ist diese letztere Tatsache gerade durch die erstere bedingt. Je größer die Arbeitslosigkeit, um so mehr bedürfen wir neuer Kapitalien, um die Arbeitslosen ins Brot zu setzen, ihnen (neben den ungenügenden vorhandenen) neue Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Produktions Einschränkung in der Krise vermindert jedoch die Gewinne und damit die Kapitalbildung, während die Hochhaltung der Monopolpreise die Ansammlung von Kapitalien an jenen Stellen, die einen Anlagebedarf noch hätten, noch besonders verzögert. So führte der relative Kapitalüberschuß, der Mißverhältnisse schuf, Arbeiter freisetzte und die Krise samt ihrer Produktions Einschränkung heraufbeschwor, zu einem Kapitalmangel.

Man muß diese widerspruchsvolle Entwicklung zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen oder aber kann der Kapitalismus aus der Krise mit verstärkter Kraft hervorgehen? Wir glauben, beide Fragen verneinen zu müssen. Der Zusammenbruch des Kapitalismus in dieser Krise sieht nicht zu erwarten, ebensowenig aber dessen (wirkliche, nicht scheinbare) Befestigung. Die besonderen Momente, welche zur außerordentlichen Verschärfung der Krise beitragen, können beseitigt werden, der Zinsfuß kann gesenkt, der Kapitalmarkt belebt, die internationale Kapitalbewegung in Gang gesetzt, die Reparationsfrage revidiert, die weltpolitischen Spannungen erleichtert werden, wodurch auch die Macht der Krise abgeschwächt werden könnte. Der Kapitalismus wird nun für die Überwindung der Krise nicht den Weg der Erhöhung der Massenkaufkraft wählen, die der gesteigerten Produktivität der Anlagen und der Arbeit entspricht, sondern wird bemüht sein, sein Dasein durch Herbeiführung einer neuen Anlagekonjunktur auf Kosten des Lohn- und Gehaltseinkommens zu verlängern. Diese Lebensverlängerung mag ihm zunächst auch deshalb gelingen, weil der Wille zum Einzug des Kapitalismus in vielen Ländern und in großen Bevölkerungsschichten vielfach noch fehlt, und ebenso die machtmäßigen Voraussetzungen dazu. Es genügt, auf die Erstarkung des Faschismus, der Hauptstütze des kapitalistischen Wirtschaftssystems, hinzuweisen. Die Arznei, die der kranke Kapitalismus für die Überwindung der Krise verwendet, kann trotzdem nicht zu seiner Gesundung führen. Bismarck gleich diese Arznei der Einspritzung von immer neuen Morphindosen, die für die Dauer ihrer Wirkung den Körper zu höheren Leistungen anregen, obgleich dieser Körper bereits in Verfall ist und eine jede weitere Dose ihn dem Ende näherbringt. Eine jede „Überwindung“ der Krise mit den üblichen kapitalistischen Mitteln trägt den Keim einer noch viel größeren in sich. Wie sich ein namhafter Volkswirtschaftler in persönlicher Unterhaltung ausdrückte: eine jede neue kapitalistische Krise ist — weit entfernt davon, ein

Symptom des Wachstums, des kapitalistischen Kräftezuwachses zu sein —, ein neuer Nagel zum Sarg des Kapitalismus. Nur vermag die Wissenschaft nicht zu sagen, wie vieler Nägel es noch bedarf, bis der Sarg gezimmert ist.

Der indirekte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Bei der systematischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß immer und überall in erster Linie versucht werden, die beschäftigten Arbeiter an der Arbeit zu halten und die Arbeitslosen so schnell und so unmittelbar wie möglich wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten. Denn jeder Arbeitslose erzeugt wegen seiner verminderten Konsumfähigkeit weitere Arbeitslose. Die direkten Mittel zur Hochhaltung der allgemeinen Kaufkraft und zur sofortigen Entlastung des Arbeitsmarktes sind eine aktive Lohnpolitik und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Beide Mittel haben eine sofortige doppelte Wirkung: Hochhaltung oder Erhöhung der Löhne regen die Konsumfähigkeit der in Arbeit stehenden Arbeiter an und schalten dadurch weitere Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß ein; Arbeitszeitverkürzung erhöht die Arbeitsgelegenheit für alle Werkstätten und wirkt damit anreizend auf den Konsum.

Bei den indirekten Mitteln, die — wie alle Mittel — natürlich ebenfalls eine Doppelwirkung auf den Arbeitsmarkt und die Konsumfähigkeit ausüben, muß ein Unterschied gemacht werden zwischen Faktoren, bei denen der Hebel vorwiegend auf allgemein wirtschaftlicher Seite angelegt wird (Geld- und Kreditpolitik, Zollpolitik, Monopole, Rationalisierung usw.), und Faktoren, die den eigentlichen Arbeitsmarkt beeinflussen.

Da die Entlastung des Arbeitsmarktes immer (d. h. bei der vorübergehenden und der strukturell bedingten Dauerarbeitslosigkeit) der primäre Gedanke sein muß, möchten wir uns in diesem Zusammenhang der zweiten Kategorie zuwenden, d. h. wir geben nachstehend die bei der Behandlung der Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit von der gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angenommenen Beschlüsse über die Organisation des Arbeitsmarktes, den bezahlten Urlaub, die Heraussetzung des Schulentlassungsalters und die öffentlichen Arbeiten wieder.

Organisation des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitslosenversicherung muß ergänzt werden durch eine systematische Arbeitsvermittlung, die entweder von den Gewerkschaften oder als eine öffentlich-rechtliche paritätische Einrichtung geführt wird.

Um ständig die Entwicklung des Arbeitsmarktes und insbesondere seine beruflichen und bezirklichen Verschiebungen überwachen zu können, sind laufend in kurzen Zwischenräumen durchgeführte statistische Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit notwendig.

Um die Wiedereingliederung der Arbeiter in den Produktionsprozeß zu erleichtern, die der technische Fortschritt erfordert, muß die Berufsausbildung durch die öffentlich-rechtliche Arbeitsvermittlung gefördert werden. Diese Einrichtungen müßten zugleich eine systematische berufliche Beratung der von der Schule in die Wirtschaft eintretenden jungen Arbeitskräfte durchführen.

Die Organisation des internationalen Arbeitsmarktes muß durch allgemeine Verträge und innerhalb dieses Rahmens durch zweiseitige Verträge geregelt werden, die zwischen den interessierten Ländern im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossen und unter deren Mitwirkung durchgeführt werden sollen.

Bezahlte Ferien.

Abgesehen von ihrem sozialen Nutzen und ihrem Charakter als ein dem Arbeiter zustehendes Recht, kann die Aktion zugunsten des bezahlten Urlaubs bei der gegenwärtigen Krise je nach den Umständen im gleichen Sinne wie die durch eine Arbeitszeitverkürzung erfolgende bessere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten einen günstigen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausüben, indem sie einerseits einer größeren Zahl von Arbeitern ein wenig mehr Lebensfreude verschafft und gleichzeitig einen Teil der dauernd vorhandenen Arbeitslosenreserve in den Produktionsprozeß einschaltet.

Jedesmal, wenn es die Umstände den Arbeiterorganisationen gestatten, die Wohlfahrt des bezahlten Urlaubs weiteren Arbeiterschichten zukommen zu lassen, sei es auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch Kollektivverträge, tragen sie zur Milderung der Arbeitslosenkrise bei.

Heraussetzung des Schulentlassungsalters.

Der Aufbau einer hohen sozialistischen Zivilisation hängt ab von der beständigen Pflege der menschlichen Fähigkeiten durch Erziehung im weitesten Sinne des Wortes. Erziehung ist ein mächtiges, vielleicht das mächtigste Werkzeug, das die Welt für ihre Verbesserung hat. Aber es ist die Erziehung aller, auf die es ankommt, und nicht nur die von einigen wenigen. Die Gründe, die für ein hohes Mindestalter sprechen, in dem es der heranwachsenden Generation gestattet werden soll, die Schule zu verlassen, gehen über die nationalen Grenzen hinaus und haben unabhängig vom Stande der Arbeitsmöglichkeit Geltung. Dennoch ist zu beachten, daß gleichzeitig als Folge der Heraussetzung des Entlassungsalters für die schulpflichtigen Jugendliche vom Arbeitsmarkt abgezogen werden. Auch leistet eine gut ausgebildete Arbeiterklasse mehr für die Produktion. Sie schafft und fordert eine höhere Lebenshaltung. Während jedes Land zweifellos seine besonderen Schwierigkeiten hat und das Tempo des Fortschrittes entsprechend den kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen verschieden ist, sind jedoch die Natur des Kampfes und der Charakter des Widerstandes überall gleich, und die größeren technischen Schwierigkeiten werden wahrscheinlich für die meisten, wenn nicht für alle, dieselben sein. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aller Länder, ihre Propaganda zugunsten der Erziehung des allgemeinen gesetzlichen Mindestalters für die Schulentlassung so lange fortzusetzen, bis kein Kind mehr vor dem 16. Lebensjahre die Schule verläßt.

Öffentliche Arbeiten.

Im Gegensatz zu den kapitalistischen Auffassungen, die in Zeiten der Wirtschaftskrise die Einschränkung der Staatsausgaben fordern, kann gerade nur die höchstmögliche Steigerung des öffentlichen Aufwandes für produktive Arbeiten in Zeiten der Krise das Mißverhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit der produktiven Kräfte der Nationen und dem hinter ihr zurückgebliebenen Konsum mildern.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krisen erfordert eine planmäßige öffentliche Investitionspolitik, die die öffentlichen Arbeiten auf Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu konzentrieren und dadurch sowohl die konjunkturemäßige Arbeitslosigkeit als auch die Saison-Arbeitslosigkeit einzuschränken in der Lage ist.

Zu diesem Zwecke müßte in jedem Staat eine nationale Stelle errichtet werden, welche auf Grund eines für längere Zeit im voraus ausgearbeiteten Investitionsprogrammes die zur Durchführung dieses Programmes erforderlichen Arbeiten und Bestellungen auf Zeiten großer Arbeitslosigkeit konzentriert.

Diese Methode, den Beschäftigungsgrad gleichmäßiger zu gestalten, wird desto wirksamer sein, je größer der Anteil des Staates und der Gemeinden an der Gesamtwirtschaft ist. Die Erweiterung dieses Anteiles ist daher eine Voraussetzung wirksamer Beeinflussung des Beschäftigungsgrades durch das Gemeinwesen.

Andererseits wird das Gemeinwesen desto mehr Mittel für produktive Aufgaben verfügbar haben, je weniger es durch militärische Ausgaben belastet sein wird.

In einem späteren Zeitpunkt wird es möglich sein, die öffentliche Arbeit auch in internationalem Maßstab als Mittel, den Beschäftigungsgrad gleichmäßiger zu gestalten, zu benutzen. Dazu bieten Arbeiten internationaler Natur, wie zum Beispiel die Vereinheitlichung des Elektrizitätswesens, der Bau und Unterhalt von internationalen Verkehrswegen oder der Bau von Verkehrswegen in rückständigen Ländern, andererseits eine planmäßige internationale Kreditpolitik die Möglichkeit.

Aber auch die Aufwendungen für die Volksbildung, die Volkshygiene und die sozialen Einrichtungen dürfen in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht gesenkt werden. Ihre Herabsetzung würde ebenso wie die Herabsetzung der Löhne, deren Ergänzung sie bilden, die Wirtschaftskrise nicht mildern, sondern sie nur durch Verkleinerung der Konsumkraft der Massen verschärfen.

Geld und Presse in der Politik.

Solange der Kapitalismus gesellschaftlicher Zustand ist, wird es klassen- und interessengebundene Parteien geben, die in der politischen Machtsphäre um die Realisierung ihrer Ideen und Ziele kämpfen müssen. Alle Parteien erklären, im Interesse eines „Gesamtwohls“, der „Allgemeinheit“ zu handeln, Menschheitsziele zu verwirklichen. Nur eine aber kann diesen Anspruch zu Recht erheben: die sozialistische Arbeiterbewegung; denn sie hat in Übereinstimmung mit der objektiven geschichtlichen Entwicklung die geschichtliche Aufgabe, die klassengespaltene bürgerliche Gesellschaft in eine klassenlose sozialistische zu verwandeln. Der weltgeschichtliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist ein Kampf um die Neuordnung der Gesellschaft. In dieser Auseinandersetzung spielen Geld und Presse eine ausschlaggebende Rolle.

Für den Kapitalismus und seine Interessenvertreter ist Geld Inhalt und Zweck der Politik. Als Mittel setzt Geld sich um in Macht durch Apparat und Organisation, durch Korruption und Subventionierung. Besonders und zuerst durch Subventionierung von Parteien. In der Gegenwart, in welcher der Faschismus die letzte Rettung und Stützung des Kapitalismus ist und durch ihn das Kapital seine letzte Offensive gegen die Arbeiterschaft führen kann, wird dementsprechend am ausdrücklichsten und ausgiebigsten der Nationalsozialismus finanziert. In Italien, dem Lande des klassischen Faschismus, wurde der Faschismus zuerst von dem Großgrundbesitz finanziert; als man aber in kapitalistischen Kreisen merkte, daß das Kapital durch den Faschismus nicht gefährdet werde, sondern außer Gefahr sei, mehr als dies: gerechtfertigt sei, folgten Banken und Industrielle. Mit der Unterstützung durch das Kapital ist der „Marsch auf Rom“ nicht ein Siegeszug der faschistischen Bewegung, sondern vor allem der des Geldes geworden. Die Subvention von Parteien ist der eine Weg, auf dem der Kapitalismus sich durchzusetzen versucht. Ein anderer, ebenso wirksamer Weg ist der der Korruption und der Eroberung der Presse.

Bereits Bismarck hat während seiner langen Tätigkeit als Politiker und Staatsmann Macht und Wirkung der Presse gespürt, erkannt und anerkannt. Er spricht in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ aus, daß als korrektive Gewalt einer konstitutionellen Monarchie die Kritik nützlich geübt werden kann durch eine freie Presse und durch Parlamente im modernen Sinne. Damit ist von Bismarck die eine Aufgabe der Presse erkannt: Kritik, Beeinflussung und Formung der öffentlichen Meinung.

Die besondere Funktion der Arbeiterpresse bestand und besteht in der Formierung der Massen als Klasse, Aktivierung ihres Kampfes, Erweckung und Vertiefung des Klassenbewußtseins durch Aufklärung und in dauernder Enthüllung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser von sozialistischen Schriftstellern und Redakteuren erkannten Aufgabe begegnete Bismarck praktisch durch das Sozialistengesetz, Einengung der Presse, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit; durch Subsidien (Unterstützung) an bestimmte Zeitungen. Dazu stand ihm der berühmte „Welfensfund“, auch der „Reptilienfund“ genannt, zur Verfügung. Aus diesem Fund unterfützte er die Presse, die den Sozialismus bekämpfte und seine Außenpolitik vertrat. Ein berühmtes Mittel der Korruption in der Vorkriegszeit waren die Bekanntmachungen und Anzeigen der Behörden in den Kreisblättern und in der Generalanzeigepresse, wodurch diese wirtschaftlich abhängig wurden.

und so zwangsläufig zu zuverlässigen Vertretern der Regierungsansichten und -absichten. Die geschichtliche Entwicklung setzte Bismarck, seine Nachfolger und deren Praktiker ins Unrecht. Die sozialistische Arbeiterbewegung setzte sich in ihrem Kampf um politische Freiheit und um ein neues Kultur- und Gesellschaftsideal durch. Entsprechend den unleugbaren Tatsachen, daß der Sozialismus und die Arbeiterbewegung mit Gewalt weder unterdrückt noch gehemmt werden konnten, hat die Kapitalistenklasse einen neuen Weg beschritten: Hugenberg erkannte, als er noch Krupp'scher Generaldirektor war, sehr früh den Wert der Presse als Mittel der öffentlichen Meinungsmache für die Schwerindustrie. Mit reichlichen Mitteln aus der Schwerindustrie versehen, baute er zäh und genial einen mächtigen Konzern zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, einen Propaganda-Krust im Interesse der Industrie auf; Zeitungen, Korrespondenzen, Film und Banken umfassend. Hat der Hugenbergkonzern die Aufgabe, den Mittelstand und das Kleinbürgertum zu beeinflussen, so hat der „Werkzeitungskonzern des Dinka“, der „Industrie-Verlag und Druckerei-WG. in Essen-Düsseldorf“ die Aufgabe, die Arbeiter im Sinne

In die Betriebsräte

muß die Arbeiterschaft ihre fähigsten, treuesten und geschicktesten Leute schicken. Die Betriebsräte sind die Keimzellen des Sozialismus in den Betrieben. Es geht also nicht an, Todfeinde des Sozialismus mit dem wichtigsten Amte eines Betriebsrates zu betrauen. RSD.-Leute, Nationalsozialisten und Werksgemeinschaftler sind Hochverräter an der Arbeiterbewegung, sie sind geschworene Feinde der freien Gewerkschaften. Ohne die freien Gewerkschaften gäbe es aber keine Betriebsräte, ohne die freien Gewerkschaften ist jeder Betriebsrat vollkommen recht- und machtlos. Daher gehören in die Betriebsvertretungen

nur überzeugte Gewerkschafter,

nur verlässliche, gute Anhänger der freien Gewerkschaftsbewegung. Jede Stimme, die einer anderen Liste als der Vorschlagsliste deines Verbandes gilt, stärkt nur die Position der Unternehmer, weil jeder RSD.-Mann, jeder Nazi, jeder Gelbe, der in die Betriebsvertretungen gewählt wird, die Einheit der Arbeiterschaft weiter schwächt und der Zersplitterung der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer weiteren Vorschub leistet. Denke daran, Kollegin, denke daran, Kollege, wenn du deine Stimme abgibst. Die einzigen Vertreter, die du wählen kannst, nennst dir die Vorschlagsliste deines Verbandes!

der Industrie zu bearbeiten. Daß sich die beiden Zweige der schwerindustriellen Propaganda nicht unnütze Konkurrenz machen, wird dadurch verhindert, daß der Direktor des Werkzeitungskonzerns sowie Herr Generaldirektor Bögl, der „spiritus rector“ der „Werksgemeinschaftsidee, Werkzeitung und des Dinka“, dem Hugenbergkreis angehören. Beide Konzerne haben die Aufgabe, die Offensive des Kapitals auf die Interessen der Arbeiterklasse, wie: Sozialabbau, Lohnabbau, Preisabbauverhinderung, Verschlechterung des Schlichtungswesens, Leistungsvermehrung usw. ideologisch zu begründen. Vor allem die Ausweglosigkeit des Kapitalismus aus seiner jetzigen Krise zu verhüllen und andere als im Wesen des Kapitalismus beruhende Ursachen der Krise in den Vordergrund zu schieben. Diese Presse hat die Funktion, die Klasseninteressen der nichtkapitalistischen Schichten zu neutralisieren, abzulenken und abzubiegen. Laß alle hat die Wesensart dieser Presse am besten gekennzeichnet, indem er sagt: „Diese Blätter kredenzen den geistigen Tod aus tausend Röhren“.

Macht und Bedeutung der Arbeiterpresse im sozialen und geistigen Leben nicht nur des Proletariats, sondern Deutschlands, verdienen uns einige Zahlen: Der Stand der SPD-Presse beträgt gegenwärtig rund 180 Tageszeitungen mit 1,2 Millionen Lesern. Die Gesamtauflage der Gewerkschaftspresse betrug 1927: 221 180 000, ohne Gewerkschaftsbeilagen in der Tagespresse der Partei. Die Ausgaben der Gewerkschaften für Presse, Literatur- und Bildungswesen betrugen seit 1891 insgesamt (ohne Inflationsjahre): 73 558 576 Mk.; zum Vergleich: 1891: 155 000 Mk., 1927: 11 425 576 Mk. Diese wenigen Zahlen verdeutlichen einen ungeheuren Energieaufwand der Arbeiterklasse, eine einzig dastehende kulturelle und geistige Leistung. Zur Gewerkschaftspresse ist noch zu bemerken, daß sie aus dem engen Rahmen der Sonderinteressen vollkommen herausgewachsen und in jeder Hinsicht lebendiger geworden ist. Die Feuilletons der Gewerkschaftspresse haben in der übergroßen Mehrzahl ein außerordentlich hohes Niveau. Auch die wissenschaftlichen Beiträge, die Behandlung aktueller Probleme der Wirtschaft, Politik und Kultur können an Zuverlässigkeit, Sachkenntnis und geistiger Qualität den Vergleich mit der besten bürgerlichen Presse sehr wohl aushalten. Aber in der gegenwärtigen Zeit des heranrückenden Entscheidungskampfes mit dem Faschismus, ist es bitter notwendig, die Wirkungsmöglichkeiten der Arbeiterpresse noch mehr auszuweiten und zu vertiefen. Otto Jacobsen.

Die Lohnverluste der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1930.

Für einen Menschen, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, ist der Lohn oder das Gehalt die Grundlage seiner Existenz und der Maßstab zur Teilnahme an kulturellen Genüssen. Wenn nun die Löhne und Gehälter abgebaut werden, so können die Lohn- und Gehaltsempfänger an den Kulturbedürfnissen des Lebens in geringerem Maße teilnehmen, ja teilweise sich kaum noch vollkommener erfreuen. Die Summe der Löhne und Gehälter wird immer geringer.

Nach dem Konjunkturinstitut hat sich das Arbeitseinkommen „allein durch die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit im ganzen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um schätzungsweise 2,7 Milliarden Mark vermindert. Im letzten Vierteljahr allein bedeutet der Verlust an Einkommensbeziehern gegenüber 1929 einen Ausfall an Einkommen von 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark. Zu diesen Beträgen gesellt sich die Verdienstverminderung infolge der zunehmenden Kurzarbeit, die im Vergleich zu 1929 — für das ganze Jahr 1930 mit einem Betrag in der Größenordnung von vielleicht 0,8 Milliarden Mark, für das letzte Vierteljahr von etwa 0,3 bis 0,4 Milliarden Mark anzusehen ist. Ferner hat die Senkung der Tariflöhne, vor allem aber der Abbau der Überstundenarbeit, der über tariflichen Bezahlung usw. das Einkommen der Arbeitnehmer vermindert. Der Betrag, um den dies geschah, ist gegenwärtig noch nicht annähernd abzuschätzen. Es kommen die Rückgänge im Einkommen der Unternehmer und große Teile der übrigen Bevölkerungsschichten hinzu, ganz abgesehen sei zunächst von den Einbußen, die der Arbeitnehmer durch Erhöhung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung, die Beamten durch die Reichshilfe und alle Einkommensbezieher durch die Steuererhöhung in dem ihnen verfügbaren Einkommen erlitten haben. Denn diese Einbußen sind zwar für die Volkswirtschaft im ganzen kein Verlust, da sie auf dem Wege über die Unterstützungsgelder der Arbeitslosen usw. dem Volk wieder zugeführt werden. Sie stellen aber Verschleubungen innerhalb der Märkte dar, die sich nicht ohne Reibung abspielen können.“

Wenn im Jahre 1930 ein Lohnverlust von 3,5 Milliarden Mark durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu verzeichnen war, so wird sich in diesem Jahre ein noch weit höherer Betrag ergeben. Weiter muß beachtet werden, daß die Lohnsenkungen im Jahre 1930 erst teilweise zu verzeichnen waren. In dem jetzt laufenden Jahr wird der Verlust infolge von Lohnabzügen und Minderverdiensten ganz gewaltig ins Gewicht fallen.

Von der Kapitalflucht.

400 deutsche Betriebsgründungen im 10 000-Personen-Staat Liechtenstein.

Daß viele deutsche Großkapitalisten sich in der gewissenlosesten Weise um ihre Steuerpflichten herumzudrücken suchen, wird wohl auch dem Lebensfremdesten bekannt sein. Aber trotzdem das Verstecken deutschen Kapitals in die kleinen Nachbarstaaten Deutschlands zu dem Empörendsten gehört, was es gibt, wird viel zu wenig öffentlich darüber gesprochen. Seit 1924 leihen wir fortgesetzt zu den härtesten Bedingungen Geld vom Ausland. In der gleichen Zeit aber haben die Kapitalstärksten zehn Milliarden oder mehr der deutschen Wirtschaft und Staatsverwaltung entzogen. Die „Frankfurter Zeitung“ schätzt, daß im Jahre 1930, also im Jahre der allerhöchsten öffentlichen Finanznot, wieder 1,9 Milliarden Mark über die deutschen Grenzen abgeschoben worden sind. Statt die Steuern da zu erheben, wo sie nicht im geringsten weh tun, erpreßt man sie von den Bedürftigen. Man senkt die Löhne und Gehälter, schwächt die schon sowieso viel zu geringe Kaufkraft der Massen noch mehr und nimmt damit der Wirtschaft immer neue Antriebskraft. Gibt es denn wirklich kein Schutzmittel für Volk und Staat gegen die Brutalitäten der Besitzer der Arbeits- und Selbstbehauptungsmittel des Volkes? Gibt es kein Mittel, um zu einer Preishöhe zu kommen, die der Preislage auf dem Weltmarkt entspricht? Ist wirklich nichts dagegen zu machen, daß das Kapital, das Lebensblut des Wirtschaftskörpers, abfließt? Gibt sich ein Volk selbst auf, wenn es nicht mehr wirklich ernst und nachdrücklich gegen alles Schlechte und Verkehrte ankämpft?

Die Schweiz, Holland, Luxemburg, Liechtenstein sind die Hauptniederlager deutscher Kapitalnot oder deutschen Kapitalüberflusses, wie man will. Aus dem sogenannten Staat Liechtenstein mit seinen 10 000 Einwohnern werden jedoch wieder ganz eigenartige Dinge bekannt. Mit Befriedigung stellt der Fürst von Liechtenstein in einer Kundgebung an sein Volk fest, daß sein „von Natur aus armes Land einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung“ nehme. Kein Wunder, daß das kleine Ländchen förmlich im Gelde erstickt, wenn ungefähr täglich eine neue wirtschaftliche Unternehmung gegründet wird, wie im letzten Jahre!

Nach dem Rechenschaftsbericht der fürstlichen Regierung an den Landtag haben sich bis zum 31. Dezember 1929 579 Unternehmungen in Liechtenstein niedergelassen, gegenüber 333 im Jahre vorher. Die 579 Unternehmungen brachten Liechtenstein in einem Jahre 318 000 Franken reine Kapitalsteuer ein, gegenüber 275 000 Franken im Jahre vorher. Für neue ausgegebene Aktien usw. und für Zinsabgaben vereinnahmte das Ländchen außerdem noch in einem Jahre 308 000 Franken. Wie der Liechtensteiner Bericht mitteilt, sind unter den 579 Unternehmungen etwa 400 deutsche Kapitalgründungen. Der Rest verteilt sich auf Italien, Frankreich und andere Länder, nur nicht auf Liechtenstein selbst. Vergleicht man diese Einnahmen Liechtensteins mit denen des Jahres vorher, so stellt sich heraus, daß die Vergrößerung des Steuereinkommens nicht der Zunahme der Neugründungen entspricht. Die neuen Unternehmungen werden sich also noch günstiger Besteuierungen gesichert haben als die früheren. Wahrscheinlich wird der Kapitalzufluß derartig umfangreich, daß das winzige Ländchen gar nicht mehr weiß, wohin mit all dem Geld. Und es geht von dem verschobenen deutschen Kapital immerhin erst ein ganz kleiner Teil nach Liechtenstein. Das meiste geht wohl nach der Schweiz.

Liechtenstein erleichtert dem ausländischen Kapital die Niederlassung noch mehr als die Schweiz. Die Anlagen können auf jede anerkannte Währung lauten, was bei der Schweiz nicht der Fall ist. Ein Mindestbetrag ist für eine Neugründung nicht bestimmt. Eine Person kann eine Gesellschaft verkörpern; auch der Verwaltungsrat kann aus einer einzigen Person bestehen. Es brauchen keine Liechtensteiner Bürger oder Firmen in ihm vertreten zu sein. Eine neugegründete Gesellschaft braucht die erteilte Rechtsfähigkeit nicht in Blättern öffentlich bekannt zu geben. Das Handelsregister können nur Personen einsehen, die dafür einen

beglaubigten Ausweis besitzen. Es ist also unmöglich, festzustellen, welche Unternehmer-Kapital nach Liechtenstein verschleppen. Die Verräter des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft können nicht öffentlich an den Pranger gestellt werden, wie es wünschenswert wäre.

Eine Kapitalertragsteuer wird in Liechtenstein nicht erhoben. Die Besteuerung des fremden Kapitals beträgt vielfach noch weniger als 1/2 vom 1000. Ein Gesetz vom Juli 1930 ermächtigt die Steuerverwaltung, mit Gesellschaften, deren Inhaber Ausländer sind, die Höhe der Besteuerung zu vereinbaren. Es kann auch eine für 30 Jahre gültige feste jährliche Steuersumme für die Ausländer festgesetzt werden. Es wird in jeder nur irgend möglichen Weise dafür gesorgt, den Ausländern die Kapitalverschiebung verlockend und vorteilhaft zu gestalten. Das geschieht schon deshalb, um im Locken des Fremdkapitals den Wettbewerb mit den Schweizer Kantonen aushalten zu können. In der Schweiz bemüht man sich auch eifrig, deutsches Kapital anzulocken. (Nach den neuesten Pressemeldungen scheint aber auch der Schweiz der Goldsegen zu reichlich zu werden, wenigstens haben einflussreiche Schweizer Bankiers verschiedentlich auf die verderblichen und wirtschaftsschädigenden Wirkungen der übermäßigen Geldeinfuhr aufmerksam gemacht. D. Red.) Deutsche Kapitalisten fordern, ganz wie bei geschäftlichen Abschlüssen, die Schweizer Kantone oder den Liechtensteiner 10 000-Personen-Staat auf, ihnen günstige Angebote für die Kapitaleinfuhr zu machen. Die deutsche kaufmännische Moral ist außerordentlich tief gesunken.

Gegen den dauernden Verrat, den die deutschen Großkapitalisten an Volk, Wirtschaft und Staat üben, wäre wohl etwas zu unternehmen, wenn die fremden Staaten bei der Feststellung der Verräter mithelfen wollten. Damit ist aber vorläufig wohl kaum zu rechnen. Und ob, wie vorgeschlagen worden ist, auf dem Wege über den Völkerbund etwas zu erreichen sein würde, ist auch sehr fraglich. Trotzdem darf sich die Öffentlichkeit nicht mit dem Gedanken abfinden, daß gegen dieses Wirtschaftssübel „nichts zu machen“ ist. Wenn man Fehler irgendwelcher Art feststellt, muß eben unter allen Umständen ein Weg gefunden werden, sie zu beseitigen. Und wenn, wie im Falle der Kapitalverschiebung, nicht nur Fehler, sondern auch gleichzeitige unmoralische Wirtschafts- und Staatsauffassungen festgestellt werden, dann ist es erst recht Pflicht und Aufgabe der unter solchen Umständen mitleidenden Volkskräfte, sich gegen die Schädiger des Allgemeinwohls zu wehren. Die erste Maßnahme ist zu diesem Zweck, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse in ihrer ganzen Verworfenheit und Unhaltbarkeit angedeutet und der breitesten Öffentlichkeit gezeigt werden. Ein sehr großer Teil der deutschen Großkapitalisten kümmert sich nicht im geringsten um den Satz, nach dem „Eigentum verpflichtet“. Um so mehr und um so schärfer müssen die Nichtkapitalisten diesen Satz betonen.

Frauenfragen.

Die Mitarbeit der Kollegin im Betriebe.

Da in wenigen Wochen wieder die Betriebsräteahlen stattfinden, müssen dazu schon jetzt ernsthaft und umsichtig die Vorbereitungen getroffen werden. Die Bedeutung der Wahl muß unseren Kolleginnen klargemacht werden. Praktische Mitarbeit der Kollegin im Betriebsrat muß viel stärker hervortreten. Es läßt sich ja schon feststellen, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen im Verbandsleben größer wird. Das trifft auch für die Mitarbeit der Kolleginnen im Betriebsrat zu. Die auf Grund der Betriebsräteamtsstatistik unseres Verbandes ermittelte Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder betrug: 1616 im Jahre 1928, 1645 im Jahre 1929 und 1665 im Jahre 1930. Dabei ist auch bemerkenswert, daß 1930 eine geringere Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder festgestellt wurde gegenüber 1929, daß sich aber trotzdem die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder erhöht hat. Das liegt einmal mit daran, daß sich in den Betrieben eine Veränderung in der Zahl der männlichen und weiblichen Beschäftigten vollzogen hat und die Frauen auf Grund ihrer Beschäftigungszunahme eine bessere Beteilung erreichten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Schulungsarbeit unter den Kolleginnen in Frauenkursen und Frauenkonferenzen mehr Interesse und Vereinerlichungsgelbst zu wecken vermag.

Die prozentuale Anteilnahme der Frau an den Arbeiten des Betriebsrats betrug in den für uns zuständigen Betrieben 6,06 im Jahre 1929 und 7,31 im Jahre 1930. Das ist zwar eine Aufwärtsentwicklung, die wir weiter fördern müssen, doch können wir keineswegs damit zufrieden sein. Das muß jede Kollegin wissen. Gerade von der Mitarbeit der Frauen im Betriebsrat und auf allen übrigen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens hängt viel ab. Erfolgreiche Werbetätigkeit unter den unorganisierten Kolleginnen steht damit in engstem Zusammenhang. Die vielgestaltigen Frauenfragen in den Betrieben mit weiblichen Beschäftigten bedeuten aber auch ein sehr wichtiges und ausgedehntes Arbeitsgebiet für weibliche Betriebsratsmitglieder. Man denke nur an den Muttersegen im Betriebe! Jede Kollegin weiß schon, daß es sich hier um eine wichtige Arbeiterinnenfrage handelt. Die schwangeren Kollegin muß sich auf die Solidarität ihrer Mitarbeiterinnen verlassen können. Sei es, daß die Betriebsratin auch auf dafür eintritt, daß bei schwerer oder sonst schädigender Arbeit die betreffende Kollegin zunächst leichtere Arbeit bekommt oder daß, wenn die Arbeit scheinbar verrichtet werden muß, eine Sitzgelegenheit in der Nähe ist, damit die Kollegin sich gegebenenfalls auch einmal setzen kann. Leider ist auch immer noch nötig, auf die Einhaltung der gesetzlichen Schonzeiten hinzuwirken. Die letzten Jahresberichte der Gewerkschaftsbeamten brachten wieder Material, aus dem sehr eindringlich hervorgeht, daß noch viel Unwissenheit bezüglich der gesetzlichen Schonbestimmungen besteht. Oft gelingt es durch Rücksprache mit der Kollegin, diese zur Einhaltung der Arbeit einige Wochen vor der Niederkunft zu veranlassen. In nicht wenigen Fällen wurde auch eine Kollegin das ihr zustehende Recht in Anspruch nehmen, ihr Kind im Betriebe zu stillen, wenn — ja wenn! zu diesem Zweck ein entsprechender und hygienisch einwandfreier Raum zur Verfügung stünde. Es mangelt auch so oft an einem Raum, in dem Arbeiter oder Arbeiterinnen bei Arbeit oder sonstigen

gesundheitlichen Störungen kurze Zeit untergebracht werden können. Auch die übrigen sanitären Einrichtungen, wie Speisesaal, Garderobe, Abort, Waschraum und Baderaum, sollen in ausreichendem Maße vorhanden sein. Dabei ist es Aufgabe der Betriebsrätin, das spezielle Interesse der Kolleginnen besser zu vertreten, als es sonst im allgemeinen ein Kollege zu tun vermöchte.

Es soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Betriebsrätin sich nur für die speziellen Arbeiterinnenfragen im Betriebsbereich interessieren dürfe oder nur solche Befähigungsmöglichkeiten fände. Die allgemeine tarifliche und gesetzliche Entwicklung, die Akkord- und Prämienfrage, die Arbeitszeit, der Urlaub und vieles andere mehr erfordern die Aufmerksamkeit sowohl der männlichen als auch der weiblichen Betriebsratsmitglieder.

Bei den diesjährigen Betriebsräteahlen gilt es besonders auf der Hut zu sein. Schon jetzt bemühen sich allerlei antigewerkschaftliche, auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften hinstrebende Elemente, in den Betrieben Stimmung gegen die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte zu machen, damit diese beseitigt werden und an ihre Stelle Leute kommen können, die wohl im Gespräch mit den Mitarbeitern den Mund oft recht weit aufstun, die aber gar nicht gewillt sind, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen praktisch und gewerkschaftlich im Sinne des Erreichbaren zu vertreten. Natürlich will man auch versuchen, die Frauen „radikal“ entsprechend zu beeinflussen und ihnen deshalb nach dem Munde reden, weil häufig die Kolleginnen schon rein zahlenmäßig bei den Wahlen ausschlaggebend sind. Es ist daher nötig, daß

Der Sozialismus als Befreier der Menschheit.

„Darum ist der Sozialismus mehr als eine materielle Angelegenheit und mehr als eine Angelegenheit des Lohnproletariats: er muß die Forderung der Menschheit werden, denn nur im Sozialismus kann sich die Menschheit erheben, nur im Sozialismus wird der Maschinenismus zu einer sozialen und kulturellen Macht, nur im Sozialismus werden diese Gebilde aus Eisen zu segensreichen Helfern und Freunden des Menschen.“

Edward Weckerle („Mensch und Maschine“, Ullstein, Verlagsgesellschaft, Jena).

die nächsten Wochen zur Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses benutzt werden und einer guten Vorbereitung der Wahlen dienen. Die Kolleginnen müssen besonders aufgefordert werden, auch die Betriebsversammlungen zu besuchen, um dort eventuell Vorschläge zu unterbreiten und ihre Meinung zu vertreten. Sie müssen dafür sorgen, daß nur gewissenhafte und tüchtige Kollegen und Kolleginnen in den Betriebsrat gewählt werden, die es ehrlich mit der Arbeiterbewegung meinen, damit wir gut und sicher vorwärtskommen und die Kolleginnen bei der Wahl nicht betrogen sind.

Ausschlaggebend ist das Maß der Solidarität, das für die bevorstehenden Kämpfe erreicht wird. Dabei sollte aber auch der Ruf befolgt werden: Wählt mehr Frauen in den Betriebsrat! Kümmert euch um die Fraueninteressen im Betriebe, damit die anständige Behandlung und Bezahlung an die Stelle der heute noch in so starkem Maße vorhandenen Willkür und Schinderei durch die Vorgesetzten und Unternehmer treten kann. Anna Jammert.

„Die Arbeitslosigkeit frißt an der Gesundheit des Körpers.“

Die große Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem, sondern auch eine dringende Frage der Volksgesundheit. Sie wird aber in der Öffentlichkeit immer nur unter dem Gesichtswinkel der ersten beiden Punkte betrachtet. Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses, die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit klar herausgestellt zu haben. Er hat sich an bedeutende Ärzte mit dem Ersuchen gewandt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit niederzulegen. Die Materialsammlung ist den Regierungen, Parlamenten usw. zugänglich gemacht worden. Nach Dr. Moses verfolgt die Denkschrift den Zweck, die gesetzgebenden Körperschaften darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus der Denkschrift vorläufig einige kleine Beispiele:

Verschiedene Ärzte merken, daß bei den Kindern die Muffstände, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Muffstände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist derart, daß das Auftreten von Stomatitis und andern Folgeerscheinungen zu befürchten ist. Ein Arzt aus Köln schreibt folgendes: „Die Arbeitslosigkeit frißt an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie noch lange anhält, wird, bekommen wir eine ungeheuer breite Schicht von derartig krankhaft ausgewachsenen Menschen, leiblich und geistlich aufs schwerste bedroht.“ Bei Säuglingen arbeitsloser Eltern wird als Folge mangelhafter Ernährung eine Verlangsamung der Gewichtszunahme festgestellt. Die chronische Unterernährung bahnt der Tuberkulose den Weg. Ganz besonders unheilvoll wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen. Bezüglich des Nervenzustandes der Arbeitslosen wird folgendes festgestellt: Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, willensschwachen Menschen nicht selten zu unzumutbarem Trinken. Die hohnvolle Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung nervöser und niederdrückender Wesenszüge zur Folge. Die noch in Arbeit befindlichen wagen es nicht, sich krank zu

melden, weil sie den Verlust der Stellung befürchten. Eine deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten wird festgestellt. In den deutschen Großstädten hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegen 1927 mehr als verdreifacht. Die Geschlechtskrankheiten verbreiten sich, weil viele unbeschäftigte junge Mädchen zur notlindernden Hingabe ihres Körpers neigen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich mithin zu einer schweren Gefahr für die Volksgesundheit aus. Die Denkschrift spricht eine deutliche Sprache. Sie muß aufstüttelnd wirken. Wenn dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende bereitet wird, so ist das Schlimmste zu befürchten. Die körperliche, finanzielle und seelische Not erfordert schleunigst lindernde Taten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gelbe Demagogie.

In „Arbeit und Recht“, dem Kampforgan der nationalgewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Nr. 8 vom 21. Februar, finden sich folgende Zeilen, die auf die nächsten Wahlen in die Betriebsvertretungen Bezug haben:

„Wählt die Betriebe! Wählt nationale Arbeiter- und Betriebsräte!“

Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen, wächst die Elendsarmee, und die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie ist unfähig, die deutsche Wirtschaft und Volkswirtschaft zu mindern. Da heute jeder deutsche Betrieb, jeder deutsche Arbeitsplatz, jeder deutsche Arbeiter unter der sozialistisch-gewerkschaftlichen Zwangsjacke und Bankrotwirtschaft bedrückt ist, muß Pflicht und Aufgabe, einheitliches Ziel aller nationalen Arbeiter sein, dieses morsche und unfähige rote Wirtschaftssystem zu bekämpfen.

Verteidigt eure Arbeitsplätze!

Es ist der Gipfel der Unehrlichkeit, das heute privatrechtliche Wirtschaftssystem als „rotes Wirtschaftssystem“ zu bezeichnen. Die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie ist also unfähig, die Not zu lindern? Ja, hat man ihr dazu denn schon Gelegenheit gegeben? Hätte die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie die Führung in Staat und Wirtschaft, es sähe in der Tat besser für das Volk aus. Nachdem die Kapitalistenklasse die Wirtschaft in eine fast hoffnungslose Krise hineingeführt hat, soll die Arbeiterchaft den Karren aus dem Dreck holen, auf gut Deutsch gesagt, am besten ganz umsonst arbeiten und auf jedes Mitbestimmungsrecht verzichten, damit es den Unternehmern wieder von Tag zu Tag besser gehe.

Aber wie niedrig muß die gelbe Redaktion die Leser ihrer Zeitschrift einschätzen, daß sie diesen einen solchen Unsinn zu bieten wagt!

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellenversammlung: Otto Wenkel, Mitgl.-Nr. 852 508; Herm. Song, Mitgl.-Nr. 330 956; Pbl. Hart, Mitgl.-Nr. 1 107 752; Ernst Bindehoff, Mitgl.-Nr. 5 579 818; Paul Kleinmann, Mitgl.-Nr. 835 034; Raffenburg i. Ostpr.: Hermann Kapf, Mitgl.-Nr. 368 885; Theodor Schmidt, Mitgl.-Nr. 764 822; Gustav Falk, Mitgl.-Nr. 884 078; Willi John, Mitgl.-Nr. 883 973; S a i z u n g e n: Fritz Schwarz, Mitgl.-Nr. 874 372, und gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Georg Gaudes, Mitgl.-Nr. 918 117.

In der Bezirkszahlstelle

Breslau

ist die Stelle des

Kassierers und 2. Bevollmächtigten

alsbald neu zu besetzen.

Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit einer selbstgeschriebenen Abhandlung über ihren Lebenslauf sowie einem selbstgeschriebenen Aufsatz über die Aufgaben des 2. Bevollmächtigten in einer Bezirkszahlstelle bis zum 14. März 1931 einschließlich an G. Wesning, Breslau 1, Margaretenstraße 17, II, Zimmer 67, einzureichen.

Die Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands sein. Ferner wird vollkommene Beherrschung des Abrechnungswesens und aller dazugehörigen Arbeiten verlangt; desgleichen rednerische Befähigung sowie eine zur Erteilung von Auskünften an die Mitglieder hinreichende Kenntnis des Arbeitsrechts.

Die Bestellung erfolgt nach den Richtlinien des Hauptvorstandes. Gehalt nach Vereinbarung. [10,50-Mrk.]

Literarisches.

Der vor die Kamera! So nennt Mar Dortz sein Kampfgedicht in der Zeitschrift des Arbeiter-Lichtbild-Vereins „Das Neue Bild“, dessen Federarbeit eine weitere Steigerung der bisher schon beachtlichen Leistungen zeigt. Das soziale Bild, die soziale Satire und Filmepoetie haben wieder im Mittelpunkt der sozialistischen Kunst, die durch nicht weniger als 10 meist hervorragende Federarbeiten veranschaulicht werden. Das Buch enthält u. a. einen Vortrag von H. Breuer über Filmkunst, Beiträge für soziale Filmreporter, zahlreiche technische Aufsätze für Fotofreunde und eine hübsche Sammlung „Der Photograph“ von Max Staudenmann. Es ist miritzig eine Freude, das soziale Bild in der Reihe der Arbeiterbewegung zu sehen. Sie kann für nur 40 Pf. monatlich bei jeder Volksbuchhandlung, Postamt oder beim Verleger, Berlin S. 42, bestellt werden.

Erziehung und Kultur unter dem Scheitern. Nach der Wahl vom 14. September sind eine Reihe von Reichsorganen zur Bekämpfung des Nationalsozialismus erschienen. Eher in ihnen wird die kulturelle Seite, wobei in besonderer Weise die Erziehung, kaum berücksichtigt. Inzwischen haben wir jedoch in Deutschland bereits zwei nationalsozialistische Volkshilfsvereine, die sich als Vorkämpfer des Dritten Reiches fühlen und betätigen. Es ist deshalb angebracht, einiges Material zur Kenntnis und zur Bekämpfung nationalsozialistischer Kulturschaffungen und Kulturpolitik, Erziehungs- und praktischer Schulpolitik zusammenzufassen. Die Sozialdemokratische Partei hat jedoch ein Referat zum Material: Kultur und Erziehung unter dem Nationalsozialismus herausgegeben. Diese Zusammenstellung behandelt hitlerianische Kulturanschauung und seine Erziehungsaufgaben, das nationalsozialistische Kulturprogramm, die Erziehung- und Schulforderungen des Nationalsozialismus und die praktische Kultur- und Schulpolitik der Herren Arria und Franzen. Der Inhalt dieser Veröffentlichung ist schlagend. Besonders hervorzuheben ist die Kultur- und Erziehungslehre der Nationalsozialisten, Wentzler und Jentsch, die die praktische Kultur- und Schulpolitik aus dem Nationalsozialismus herleiten und zum Preise von 30 Pf. von der Werksbuchhandlung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 29 zu beziehen.

Sozialdemokratische Lehr- und Lektüreshrift, Nr. 1. Die sozialdemokratische Wahlpolitik. Nach Friedrich Engels. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Kampffmeyer 1931. Verlag J. S. W. Dietz Verlag, G. m. b. H., Berlin. Preis 30 Pf. Die sozialdemokratische Wahlpolitik ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer der breitesten Massenpartei der Welt. Die sozialdemokratische Wahlpolitik ist ein zentraler Punkt der sozialdemokratischen Tätigkeit. Im Jahre 1930 sprach Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ den bekannten, direkt in die politische Geschichte übertragenden Satz aus, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert habe, indem sie ihnen zeigte, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht. Der Sieg der deutschen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918 ist gar nicht ohne die deutsche sozialdemokratische Wahlpolitik denkbar. Die jetzt herausgegebene Einleitung von Friedrich Engels ist die erste, ungekürzte Ausgabe dieser Einleitung; ihr liegen die Nachforschungen von Engels zugrunde. Einzelheiten ist sie mit einer ausführlichen Darstellung der historischen Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Staatsrecht verbunden.

Chemische Industrie

Dr. Schlesinger und das Bedaur-Verfahren. (Schluß.)

Schlesinger bekämpft die „Anprangerung“ der Anschlagblätter, die die tägliche Leistung angeben, durch die Arbeiterpresse und technische Fachzeitschriften. In den beiden von ihm untersuchten deutschen Fabriken teilen die Arbeiter noch die Betriebsleiter diese Auffassung.

Wir möchten wissen, wer von den Arbeitern diese Ansicht vertreten hat. Die Arbeiter beschwerten sich Tag für Tag über diese Art der Antreiberei und auch die Betriebsräte bestreiten entschieden, den in der Conti herumschwirrenden Bedaur-Studenten solche Angaben gemacht zu haben.

Schlesinger sagt ferner, daß Arbeiterrat und Betriebsleiter dafür sorgen, daß die Arbeiter sich im Tempo nicht überheizen. Wo nimmt der Arbeiterrat nur die Rechtsbefugnis her, die Arbeiter vor überheißtem Tempo zu schützen, und wie stellt sich Schlesinger einen Betriebsleiter vor, der die Arbeiter zu langsamer Arbeit anhält, damit seine Prämieinnahmen zurückgehen?

Psychologe ist Schlesinger bestimmt nicht. Das Tollste leistet er aber in der Angabe, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter in der Conti bemerkenswert gut ist, weil die Zahl der Arbeitsunfähigen bei der Continental prozentual niedriger ist als im Durchschnitt. Die Conti beschäftigt vor einigen Jahren noch über 14.000 Arbeiter. Infolge der Rationalisierung ist der Bestand unter 6000 herabgedrückt worden. Dabei sind selbstverständlich die alten und zu Krankheiten neigenden Arbeiter aufs Straßenspaster gesetzt und die gesunden, robusten im Betrieb verblieben. Außerdem sorgt eine fortgesetzte Auslese dafür, daß kranke Arbeiter nicht im Betriebe bleiben. Wer die Bedaur-Hehjad nicht mitmachen kann, fliegt. Darum gibt es bei Bedaur so gut wie keine kranken Arbeiter. Die Arbeiter der Conti schildern die Antreiberei so, daß die Abortanlagen ohne Schaden für die Arbeiter abgebrochen werden können. Die Arbeiter verzichten ihre Notdurft vor und nach der Arbeitszeit zu Hause. Während der Arbeitszeit haben sie dazu keine Zeit, weil ihnen für diese Zeit die B-Werte verloren gehen.

Was daraus für Schaden entstehen muß, haben Ärzte schon vor Jahrzehnten erkannt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Heimarbeiterinnen, wie Konfektionsarbeiterinnen, Wäsche- und Handschuhmacherinnen, um leidlich zu verdienen, sich nicht Zeit nehmen, ihre Notdurft zu verrichten, wodurch schwere Unterleibserkrankungen eingetreten sind. In der Conti sind dieselben Wirkungen zu erwarten.

So ist das Bild richtig gekennzeichnet, nicht, wie es Schlesinger sieht.

Als besonderen Vorteil des Bedaur-Verfahrens für die Arbeiter sieht Schlesinger die über dem Tariflohn liegende Lohnbasis an. Seiner Ansicht nach wird dadurch die Minderbezahlung der über 60 in einer Stunde geleisteten Bs mit nur 75 v. H. gerechtfertigt. Eine volle Bezahlung der Überleistung müßte eine Senkung der Lohnbasis herbeiführen, wodurch die Gesamtarbeiterschaft benachteiligt und die Spitzenleistungen zu hoch bewertet würden. Grundsätzlich soll die Bedaur-Gesellschaft selbst keine Bedenken haben, auch einen anderen Schlüssel als 75 v. H. zu wählen.

Solche Angaben zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Unzuverlässigkeit der Bedaur-Gesellschaft. Den Betriebsräten und dem Verfasser dieses Artikels erklärten Bedaur-Ingenieure, daß mit den 75 v. H. der Überarbeit Bedaur steht und fällt. Herrn Schlesinger ist es anders gesagt worden.

Das Arbeitsgericht Hannover hat sich in der Urteilsbegründung bei Abweisung der Klage auf volle Bezahlung der Überleistungen die Ansicht Schlesingers zu eigen gemacht, die höhere Bedaur-Lohnbasis berechtige zu diesen Abzügen.

Dieses Urteil ist unhaltbar. Das Bedaur-Verfahren wird als ein neues Akkordsystem bezeichnet. Ist der Vergleich zutreffend, dann liegt beim Bedaur-Verfahren ein Lohnbetrug vor. Jedes Akkordverfahren geht von bisherigen Lohnsätzen aus oder stützt sich auf einwandfreie Zeitmessungen unter Berücksichtigung der höheren Leistungen. Bedaur findet den Tariflohn und bisherige Akkordsätze vor. Er mißt die Zeit und korrigiert diese so, daß er unter allen Umständen zu einem B-Wert kommt, der weit unter der bisherigen Leistung liegt. Diese absichtlich unterbewertete Arbeitsleistung muß erst auf 60 Bs in der Stunde gebracht werden, um als normal zu gelten. Auf diese erhöhte Leistung ist die Lohnbasis gestellt.

Das erkennt auch Schlesinger an. Auf Seite 357 schreibt er, daß sich die Durchschnitts-B-Stunde von 43 auf 68 gehoben hat. Nach Schlesinger haben demnach alle Arbeiter der Conti bis zur Einführung des Bedaur-Verfahrens nur 43 Bs geleistet, auch bei schwerster Akkordarbeit. Es werden aber 60 Bs verlangt. Die Steigerung der Leistung von 43 auf 60 Bs durch Einführung des Bedaur-Verfahrens beträgt 39,5 v. H. Dafür müßte nach den Prinzipien der Akkordarbeit ein Lohn von 1,14 Mark bei einem Tariflohn von 82 Pf., wie er in der Conti gültig ist, gezahlt werden. Darauf läßt Bedaur sich aber nicht ein. Nach Schlesinger sind 12 Lohnklassen von 0,93 bis 1,26 Mark festgelegt. Unseres Wissens beträgt die höchste Lohnbasis 1,14 Mark. Was darüber hinausgeht, sind belanglose Ausnahmen. Die große Mehrzahl der Arbeiter hat einen geringeren Grundlohn.

Es ist also unrichtig, daß die Lohnbasis gegenüber dem Tariflohn erhöht ist. Bedaur hat Akkord eingeführt und unter Zugrundelegung der Leistung den Akkordverdienst schon in der Lohnbasis nicht voll ausgezahlt. Die Minderbezahlung von weiteren Überleistungen kann also nicht mit der Lohnbasis begründet werden. Diese Minderbezahlung stellt einen glatten Lohnbetrug dar.

Dafür bringt Schlesinger auch selbst den Beweis. Er behauptet, daß die Leistungssteigerung 58 v. H. beträgt, dagegen die Lohnsteigerung nur 15,5 v. H. Die Auswertung ergibt, daß der Lohn im Verhältnis zum Arbeitsprodukt um 20,9 v. H. gesunken ist.

Bei Feststellung dieser Tatsache sind Schlesinger doch einige Bedenken aufgestiegen. Er schreibt nämlich entschuldigend, daß aus der 58prozentigen Steigerung der Arbeitswirksamkeit nicht geschlossen werden darf, daß diese Steigerung allein durch Erhöhung des Arbeitsstempos hervorgerufen sei. Das Arbeitstempo ist zwar allgemein gestiegen, aber aus eigenem Studium aller wichtigen Conti-Betriebe darf er feststellen, daß dort zwar flott, aber durchaus nicht übermäßig schnell gearbeitet wird. Der wesentliche Teil des Erfolges liege zweifellos darin, daß die Betriebsleitung, die ja vom Vorarbeiter an aufwärts am Arbeiterertrag beteiligt ist, für Hindernissen aller Art Arbeitsbeschwerden Sorge.

Auch Dr. Bamesfeld hat seinerzeit geschrieben, daß die Arbeiter der Continental auf ihn nicht den Eindruck des Geheißens gemacht haben. Diese Eindrücke besagen gar nichts. Im Vorbeigehen läßt sich die Arbeit nicht schätzen. Wer mit schwerem Handwerkszeug oder schweren Arbeitsstücken hantieren muß, erscheint dem Zuschauer immer angestrengter beschäftigt als der mehr auf Fingerfertigkeit und Gewandtheit Angewiesene. Dafür ist in der Conti selbst Anschauungsmaterial vorhanden. Ein Arbeiter mit 95-B-Stunde wird gezeigt, der in ganz ruhiger Weise, scheinbar ohne Anstrengung, sein Quantum leistet, während andere Arbeiter trotz größter Heherei diese Leistung nicht vollbringen können.

Ungeheure Gewinne

hat die Chemische Industrie in den letzten Jahrzehnten eingehemmt, setzte Dividenden und fürstliche Entschädigungen an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gezahlt. Infolge ihrer Monopolstellung konnte die Chemische Industrie vielfach ihre Preise ganz nach ihrem Belieben festsetzen, und so kam es, daß die

Verkaufspreise oft mehr als das Zehn- bis Zwanzigfache der Herstellungskosten

betrugen. Und trotz alledem, trotz glänzender Geschäftslage, trotz riesenhafter Gewinne, trotzdem die Chemische Industrie und ganz besonders die chemische Großindustrie fast im Golde erstickt, soll den Chemieproleten noch ein

unerhörter Lohnabbau

aufgezwungen werden. Nichts zeigt deutlicher als diese Forderungen auf Lohnabbau, daß es eine Gemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern nicht geben kann, daß die Arbeiterschaft immer nur Ausbeutungsobjekt für die Unternehmer sein wird, wenn sie sich nicht endlich freimacht von den Fesseln, die ihr der Kapitalismus anzulegen versucht. Das einzige Mittel dazu ist die Organisation, die einzige Waffe, die im Kampfe gegen den Lohnabbau Erfolg bringen kann, ist der Verband.

Zerspfluckerung durch R.O. und durch Nazis liefert die Arbeiterschaft den Chemiegewaltigen vollkommen aus. Wehre alle Spalter ab! Stärke deinen Verband!

Die Ansicht, daß die hohen Leistungen durch Hinwegräumen der Arbeitschwierigkeiten erzielt worden sind, mußte wie ein Kindermärchen an. Die Conti hat vor Einführung des Bedaur-Systems auf Grund amerikanischer Studien ihren Betrieb eingehend durchrationalisiert. Ihr nachfolgend, daß dabei die den Arbeitern im Wege stehenden Hindernisse nicht beseitigt wurden, heißt doch wohl, die technischen Fähigkeiten der Betriebsleiter allzu stark anzweifeln. In der Conti ist eben das Bedaur-Verfahren der technischen Rationalisierung noch aufgepfropft worden. Der Erfolg ist dadurch erreicht, daß die Arbeiter aufs höchste angetrieben werden, wie, ist an anderer Stelle gesagt.

Alle sonstigen Angaben Schlesingers können unbeachtet bleiben. Sie sind dem Wortschatz der Bedaur-Gesellschaft entnommen und dazu hernah, den Kern des Bedaur-Verfahrens zu verdecken. Die ganze Arbeit Schlesingers, das muß festgehalten werden, deckt sich vollständig mit den Angaben der Bedaur-Ingenieure. Neues enthält sie nicht. Über ungeklärte Fragen gibt sie keinen Aufschluß. Auf die Auswertung der gemessenen Zeit und der geschätzten Geschwindigkeit geht Schlesinger nicht ein. Er kann das nicht, weil die Bedaur-Ingenieure in diese Arbeit keine Einsicht gewähren. Sie haben ihn auch nicht unterrichtet, daß die gemessene Zeit in der Regel nicht eingeseht wird, sondern ein Teil dieser Zeit durch eine unrechtmäßige Methode, die ein „erfahrungswissenschaftliches Geheimnis“ der Bedaur-Gesellschaft ist, verschwindet. Die Gefahr solcher Veröffentlichungen liegt für die Arbeiter darin, daß sie als wissenschaftliche Leistungen gewertet werden, auch wenn die Unrichtigkeit nachgewiesen wird. Die Veröffentlichungen der Gewerkschaftspresse bleiben dagegen häufig unbeachtet, auch wenn sie sich auf reiches Tatsachenmaterial stützen, wie in diesem Falle.
G. Haupt.

Schwere Unfälle in den Farbwerken Gersthofen. Vier Arbeiter schwer verletzt.

In den Gersthofener Farbwerken, bei denen die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle bemerkenswerterweise von 76 im Jahre 1929 auf 27 im Jahre 1930 zurück-

gegangen sind, ereigneten sich am 13. und 14. Februar zwei schwere Unglücksfälle, deren Opfer vier Arbeiter wurden. Am 13. Februar morgens kam der in einer Abteilung der Eindampffabrik beschäftigte Arbeiter Laver Bauerschmidt auf bisher noch ungeklärte Weise in ein Transportband im Salzsäurebetrieb. Dabei wurde ihm der rechte Vorderarm am Ellenbogen abgerissen. Der genaue Hergang des Unfalles konnte noch nicht festgestellt werden. Die betreffende Maschine ist bis auf eine freistehende Stelle mit Schutzvorrichtungen versehen. Der Schwerverletzte wurde in das Augsburger Städtische Krankenhaus gebracht.

Am 14. Februar, nachmittags, waren die Fabriksschlosser Friß Forster von Steckenhofen, Georg Nagel und August Meier von Gersthofen ebenfalls in der Eindampffabrik damit beschäftigt, an einer Laugenpfanne und deren Abflußrohr einen Hahn auszuwechseln. Es wurde angenommen, daß Pfanne und Rohrleitung vollständig entleert seien. Durch einen unglücklichen Zufall ist nun anscheinend in dem konischen Abfluß der Pfanne ein Quantum hochprozentiger, warmer Lauge durch eine Verstopfung im Rohr zurückgehalten worden.

Auf noch unaufgeklärte Weise löste sich das Hemmnis und die heiße Lauge ergoß sich über die drei Arbeiter. Meier erlitt Brandwunden bzw. Verätzungen am Oberschenkel und am Arm, Forster im Gesicht. Am schwersten wurde Nagel verletzt, der neben Brandwunden und Verätzungen im Gesicht auch solche am Rücken davontrug, wobei die Gesichtsverletzungen und die der Augen dadurch besonders schwer wurden, daß Nagel bei dem Unfall die Schutzbrille verlor. Nagel und Forster wurden in eine Augenklinik gebracht, Meier dagegen in das Städtische Krankenhaus.

Es wurde sofort eine genaue Untersuchung des Unfalles angeordnet, die jedoch noch keine vollständige Klärung zu bringen vermochte.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1930.
Von G. Stähler (Hannover).

Amlich wird gemeldet, daß die Zahl der Arbeitslosen in der deutschen Papierindustrie von 16 065 im Anfang Dezember 1929 auf 33 045 im Anfang Dezember 1930, also um über 100 Prozent, gestiegen ist. Im Vertriebsgewerbe — einer sehr bedeutenden Abnehmergruppe der deutschen Papierindustrie — stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen von 13 754 auf 31 650. In diesen Zahlen offenbart sich das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit, das im Jahre 1930 über die deutsche Papierarbeiterchaft hereingebrochen ist.

Noch drastischer kommt die Arbeitslosigkeit in den von den Gewerkschaften ermittelten Zahlen zum Ausdruck:

Industrie	Auf 100 Gewerkschaftsmitglieder entfallen:		
	Vollarbeiter	Kurzarbeiter	am 1. 1. 31
Papierherstellung	76,5	91,5	24,2
Papierverarbeitung	70,9	89,0	18,5
Buchdruck	77,2	89,1	—

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß am 1. Januar 1931 in der gesamten deutschen Papierindustrie über 25 Prozent aller Vollarbeiter arbeitslos waren und rund 20 Prozent aller Arbeiter verkürzt arbeiteten.

Geradezu erschütternd aber wirkt es, wenn z. B. amlich aus Bayern gemeldet wird, daß die Zahl der Arbeitslosen vom 31. Dezember 1930 bis 15. Januar 1931 sich um rund 38.000 erhöhte und daß der Zahl von 4692 arbeitslosen Papierarbeitern eine ganze offene Arbeitsstelle gegenüberstand.

Die Ursachen der Krise.

Der Zusammenhang der wirtschaftlichen Depression in Deutschland mit der Weltwirtschaftskrise wird von keiner Seite bestritten. Die besondere Schärfe der Krise in Deutschland beruht zweifellos auf innerdeutschen Auswirkungen. Mit Recht weist der Geheimere Regierungsrat Thurmman in seinem Artikel über „Weltkrise und Deutschenkrise“ in der „Papierzeitung“ zu Beginn des Jahres 1931 darauf hin, daß sich bereits vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, und zwar im Jahre 1927, eine verschlechterte Konjunktur in Deutschland bemerkbar machte. Die Hege des privatwirtschaftlich eingestellten Unternehmertums und der Banken gegen Staat und Kommunen und besonders gegen deren gemeinschaftlichen Betriebe hatte den Erfolg, daß sich auch der damalige Reichsbankpräsident Schacht dieser Hegekampagne angeschlossen. Thurmman, der gleichfalls privatkapitalistische Interessen vertritt, bezeichnet das Ergebnis dieser Hege mit folgenden Worten: „Jetzt wurde die Depression aber durch das Verfliegen des internationalen, besonders aus Amerika fließenden Goldstromes rapide verstärkt.“

Die Republikfeindlichkeit und Steuerfurcht weiter Kreise des deutschen Unternehmer- und Finanzturns führte gleichzeitig zur Kapitalflucht. Das dem Steuerfiskus und der deutschen Wirtschaft auf diese Art und Weise entzogene Kapital wurde selbst aus Bankreisen auf rund 10 Milliarden Reichsmark geschätzt. Beschleunigt wurde diese Kapitalflucht abermals, als im September 1930 die Nationalsozialisten ihren ersten Wahlsieg errangen. Besonders war es die Schweiz, deren einzelne Kantone es verstanden, die deutschen Kapitalflüchtlinge an sich heranzuziehen. Die Handelsredaktion des „Berliner Tageblatts“ sah sich veranlaßt, einen mit „Golding-Paradies Schweiz“ überschriebenen Artikel vom 22. November 1930 mit folgender Einleitung zu versehen:

„Die Preussische Elektrizitäts-Ges. hat vor kurzem eine Finanzierungs-Gesellschaft, die Continentale Elektrizitäts-Union, in Basel errichtet. Nichts illustriert besser die Attraktionskraft der Schweiz als Paradies der Finanzierungs- und Golding-Unternehmen und die besondere Lieben auch durch eine Gründung des Hoelsch-Konzerns dokumentierte Neigung der deutschen Wirt-

beglaubigten Ausweis besitzen. Es ist also unmöglich, festzustellen, welche Unternehmer Kapital nach Liechtenstein verschleppen. Die Verräter des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft können nicht öffentlich an den Pranger gestellt werden, wie es wünschenswert wäre.

Eine Kapitalertragsteuer wird in Liechtenstein nicht erhoben. Die Besteuerung des fremden Kapitals beträgt vielfach noch weniger als 1/2 vom 1000. Ein Gesetz vom Juli 1930 ermächtigt die Steuerverwaltung, mit Gesellschaften, deren Inhaber Ausländer sind, die Höhe der Besteuerung zu vereinbaren. Es kann auch eine für 30 Jahre gültige feste jährliche Steuersumme für die Ausländer festgesetzt werden. Es wird in jeder nur irgend möglichen Weise dafür gesorgt, den Ausländern die Kapitalverschlebung verlockend und vorteilhaft zu gestalten. Das geschieht schon deshalb, um im Anlocken des Fremdkapitals den Wettbewerb mit den Schweizer Kantonen aushalten zu können. In der Schweiz bemüht man sich auch eifrig, deutsches Kapital anzulocken. (Nach den neuesten Pressmeldungen scheint aber auch der Schweiz der Goldsegen zu reichlich zu werden, wenigstens haben einflussreiche Schweizer Bankiers verschiedentlich auf die verderblichen und wirtschaftsschädigenden Wirkungen der übermäßigen Geldeinfuhr aufmerksam gemacht. D. Red.) Deutsche Kapitalisten fordern, ganz wie bei geschäftlichen Abschlüssen, die Schweizer Kantone oder den Liechtensteiner 10 000-Personen-Staat auf, ihnen günstige Angebote für die Kapitaleinfuhr zu machen. Die deutsche kaufmännische Moral ist außerordentlich tief gesunken.

Gegen den dauernden Verrat, den die deutschen Großkapitalisten an Volk, Wirtschaft und Staat üben, wäre wohl etwas zu unternehmen, wenn die fremden Staaten bei der Festhaltung der Verräter mithelfen wollten. Damit ist aber vorläufig wohl kaum zu rechnen. Und ob, wie vorgeschlagen worden ist, auf dem Wege über den Völkerbund etwas zu erreichen sein würde, ist auch sehr fraglich. Trotzdem darf sich die Öffentlichkeit nicht mit dem Gedanken abfinden, daß gegen dieses Wirtschaftsübel „nichts zu machen“ ist. Wenn man Fehler irgendwelcher Art feststellt, muß eben unter allen Umständen ein Weg gefunden werden, sie zu beseitigen. Und wenn, wie im Falle der Kapitalverschlebung, nicht nur Fehler, sondern auch gleichzeitig unmoralische Wirtschafts- und Staatsauffassungen festgestellt werden, dann ist es erst recht Pflicht und Aufgabe der unter solchen Umständen leidenden Volksteile, sich gegen die Schädiger des Allgemeinwohls zu wehren. Die erste Maßnahme ist zu diesem Zweck, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse in ihrer ganzen Verworfenheit und Unhaltbarkeit aufgedeckt und der breitesten Öffentlichkeit gezeigt werden. Ein sehr großer Teil der deutschen Großkapitalisten kümmert sich nicht im geringsten um den Satz, nach dem „Eigentum verpflichtet“. Um so mehr und um so schärfer müssen die Nichtkapitalisten diesen Satz betonen.

Frauenfragen.

Die Mitarbeit der Kollegin im Betriebe.

Da in wenigen Wochen wieder die Betriebsrätewahlen stattfinden, müssen dazu schon jetzt ernsthaft und umsichtig die Vorbereitungen getroffen werden. Die Bedeutung der Wahl muß unseren Kolleginnen klargemacht werden. Praktische Mitarbeit der Kollegin im Betriebsrat muß viel stärker hervortreten. Es läßt sich ja schon feststellen, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen im Verbandsleben größer wird. Das trifft auch für die Mitarbeit der Kolleginnen im Betriebsrat zu. Die auf Grund der Betriebsrätestatistik unseres Verbandes ermittelte Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder betrug: 1616 im Jahre 1928, 1645 im Jahre 1929 und 1665 im Jahre 1930. Dabei ist auch bemerkenswert, daß 1930 eine geringere Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder festgestellt wurde gegenüber 1929, daß sich aber trotzdem die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder erhöht hat. Das liegt einmal mit daran, daß sich in den Betrieben eine Veränderung in der Zahl der männlichen und weiblichen Beschäftigten vollzogen hat und die Frauen auf Grund ihrer Beschäftigungsfähigkeit eine bessere Beteilung erreichten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Schulungsarbeit unter den Kolleginnen in Frauenkursen und Frauenkonferenzen mehr Interesse und Verantwortungsgefühl zu wecken vermag.

Die prozentuale Anteilnahme der Frau an den Arbeiten des Betriebsrats betrug in den für uns zuständigen Betrieben 6,06 im Jahre 1929 und 7,31 im Jahre 1930. Das ist zwar eine Aufwärtsentwicklung, die wir weiter fördern müssen, doch können wir keineswegs damit zufrieden sein. Das muß jede Kollegin wissen. Gerade von der Mitarbeit der Frauen im Betriebsrat und auf allen übrigen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens hängt viel ab. Erfolgreiche Werbetätigkeit unter den unorganisierten Kolleginnen steht damit in engstem Zusammenhang. Die vielgestaltigen Frauenfragen in den Betrieben mit weiblichen Beschäftigten bedeuten aber auch ein sehr wichtiges und ausgedehntes Arbeitsgebiet für weibliche Betriebsratsmitglieder. Man denke nur an den Mutterkampf im Betriebe! Jede Kollegin weiß schon, daß es sich hier um eine wichtige Arbeiterinnenfrage handelt. Die schwangere Kollegin muß sich auf die Solidarität ihrer Mitarbeiterinnen verlassen können. Sei es, daß die Betriebsräte auf diese Gefahr einzutreten, daß bei schwerer oder sonst schädigender Arbeit die betreffende Kollegin zunächst leichtere Arbeit bekommt oder daß, wenn die Arbeit stehend verrichtet werden muß, eine Sitzgelegenheit in der Nähe ist, damit die Kollegin sich gegebenenfalls auch einmal setzen kann. Leider ist auch immer noch nötig, auf die Einhaltung der gesetzlichen Schonzeiten hinzuwirken. Die letzten Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten brachten wieder Material, aus dem sehr eindeutig hervorgeht, daß noch viel Unwissenheit bezüglich der gesetzlichen Schonbestimmungen besteht. Oft verlangt es durch Rücksprache mit der Kollegin, diese zur Einhaltung der Arbeit einige Wochen vor der Niederkunft zu veranlassen. Ja nicht wenigen Fällen wurde auch eine Kollegin das ihr zustehende Recht in Anspruch nehmen, ihr Kind im Betrieb zu stillen, wenn — ja wenn zu diesem Zweck ein entsprechender und hygienisch einwandfreier Raum zur Verfügung käme. Es mangelt auch so oft an einem Raum, in dem Arbeiter oder Arbeiterinnen bei Abstillen oder sonstigen

gesundheitlichen Störungen kurze Zeit untergebracht werden können. Auch die übrigen sanitären Einrichtungen, wie Speisesaal, Garderobe, Abort, Waschraum und Baderaum, sollen in ausreichendem Maße vorhanden sein. Dabei ist es Aufgabe der Betriebsrätin, das spezielle Interesse der Kolleginnen besser zu vertreten, als es sonst im allgemeinen ein Kollege zu tun vermöchte.

Es soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Betriebsrätin sich nur für die speziellen Arbeiterinnenfragen im Betriebsbereich interessieren dürfte oder nur solche Betätigungsmöglichkeiten fände. Die allgemeine tarifliche und gesetzliche Entwicklung, die Akkord- und Prämienfrage, die Arbeitszeit, der Urlaub und vieles andere mehr erfordern die Aufmerksamkeit sowohl der männlichen als auch der weiblichen Betriebsratsmitglieder.

Bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen gilt es besonders auf der Hut zu sein. Schon jetzt bemühen sich allerlei antigerwerkschaftliche, auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften hinstrebende Elemente, in den Betrieben Stimmung gegen die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte zu machen, damit diese beseitigt werden und an ihre Stelle Leute kommen können, die wohl im Gespräch mit den Mitarbeitern den Mund oft recht weit aufstun; die aber gar nicht gewillt sind, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen praktisch und gewerkschaftlich im Sinne des Erreichbaren zu vertreten. Natürlich will man auch versuchen, die Frauen „radikal“ entsprechend zu beeinflussen und ihnen deshalb nach dem Munde reden, weil häufig die Kolleginnen schon rein zahlenmäßig bei den Wahlen ausschlaggebend sind. Es ist daher nötig, daß

Der Sozialismus als Befreier der Menschheit.

... Darum ist der Sozialismus mehr als eine materielle Angelegenheit und mehr als eine Angelegenheit des Lohnproletariats: er muß die Forderung der Menschheit werden, denn nur im Sozialismus kann sich die Menschheit erheben, nur im Sozialismus wird der Maschinenismus zu einer sozialen und kulturellen Macht, nur im Sozialismus werden diese Gebilde aus Eisen zu segensreichen Helfern und Freunden des Menschen.

Eduard Weckerle („Mensch und Maschine“, Uramia, Verlagsgesellschaft, Jena).

die nächsten Wochen zur Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses benutzt werden und einer guten Vorbereitung der Wahlen dienen. Die Kolleginnen müssen besonders aufgefordert werden, auch die Betriebsversammlungen zu besuchen, um dort eventuell Vorschläge zu unterbreiten und ihre Meinung zu vertreten. Sie müssen dafür sorgen, daß nur gewissenhafte und tüchtige Kollegen und Kolleginnen in den Betriebsrat gewählt werden, die es ehrlich mit der Arbeiterbewegung meinen, damit wir gut und sicher vorwärtskommen und die Kolleginnen bei der Wahl nicht betrogen sind.

Ausschlaggebend ist das Maß der Solidarität, das für die bevorstehenden Kämpfe erreicht wird. Dabei sollte aber auch der Ruf befolgt werden: Wählt mehr Frauen in den Betriebsrat! Kümmerst euch um die Fraueninteressen im Betriebe, damit die anständige Behandlung und Bezahlung an die Stelle der heute noch in so starkem Maße vorhandenen Willkür und Schinderei durch die Vorgesetzten und Unternehmer treten kann. Anna Zammert.

„Die Arbeitslosigkeit trifft an der Gesundheit des Körpers.“

Die große Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem, sondern auch eine dringende Frage der Volksgesundheit. Sie wird aber in der Öffentlichkeit immer nur unter dem Gesichtswinkel der ersten beiden Punkte betrachtet. Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses, die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit klar herausgestellt zu haben. Er hat sich an bedeutende Ärzte mit dem Ersuchen gewandt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit niederzulegen. Die Materialsammlung ist den Regierungen, Parlamenten usw. zugänglich gemacht worden. Nach Dr. Moses verfolgt die Denkschrift den Zweck, die gesetzgebenden Körperschaften darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus der Denkschrift vorläufig einige kleine Beispiele:

Verschiedene Ärzte merken, daß bei den Kindern die Mispfände, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Mispfände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist derart, daß das Auftreten von Stomatitis und anderen Folgeerscheinungen zu befürchten ist. Ein Arzt aus Köln schreibt folgendes: „Die Arbeitslosigkeit trifft an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie noch lange anhält, wird, bekommen wir eine ungeheuer breite Schicht von derartig krankhaft ausgewachsenen Menschen, leiblich und geistlich aufs schwerste bedroht.“ Bei Säuglingen arbeitsloser Eltern wird als Folge mangelhafter Ernährung eine Verlangsamung der Gewichtszunahme festgestellt. Die chronische Unterernährung bahnt der Tuberkulose den Weg. Ganz besonders ansehnlich wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangeren, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen. Bezüglich des Nervenzustandes der Arbeitslosen wird folgendes festgestellt: Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, willensschwachen Menschen nicht selten zu unzumutbarstem Trinken. Die hoffnungslose Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung nervöser und niederdrückender Wesenszüge zur Folge. Die noch in Arbeit befindlichen wagen es nicht, sich krank zu

melden, weil sie den Verlust der Stellung befürchten. Eine deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten wird festgestellt. In den deutschen Großstädten hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegen 1927 mehr als verdreifacht. Die Geschlechtskrankheiten verbreiten sich, weil viele unbefähigte junge Mädchen zur notlindernden Hingabe ihres Körpers neigen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich mithin zu einer schweren Gefahr für die Volksgesundheit aus. Die Denkschrift spricht eine deutliche Sprache. Sie muß aufrüttelnd wirken. Wenn dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende bereitet wird, so ist das Schlimmste zu befürchten. Die körperliche, finanzielle und seelische Not erfordert schleunigst lindernde Taten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gelbe Demagogie.

In „Arbeit und Recht“, dem Kampforgan der nationalgewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Nr. 8 vom 21. Februar, finden sich folgende Zeilen, die auf die nächsten Wahlen in die Betriebsvertretungen Bezug haben:

„Wählt die Betriebe! Wählt nationale Arbeiter- und Betriebsräte!“

Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen, wächst die Elendsarmee, und die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie ist unfähig, die deutsche Wirtschafts- und Volkswirtschaft zu mindern. Da heute jeder deutsche Betrieb, jeder deutsche Arbeitsplatz, jeder deutsche Arbeiter unter der sozialistisch-gewerkschaftlichen Zwangsjacke und Bankrotwirtschaft bedrückt ist, muß Pflicht und Aufgabe, einheitliches Ziel aller nationalen Arbeiter sein, dieses morsche und unfähige rote Wirtschaftssystem zu bekämpfen.

Verteidigt eure Arbeitsplätze!“

Es ist der Gipfel der Unehrllichkeit, das heute privatkapitalistische Wirtschaftssystem als „rotes Wirtschaftssystem“ zu bezeichnen. Die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie ist also unfähig, die Not zu lindern? Ja, hat man ihr dazu denn schon Gelegenheit gegeben? Hätte die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie die Führung in Staat und Wirtschaft, es sähe in der Tat besser für das Volk aus. Nachdem die Kapitalistenklasse die Wirtschaft in eine fast hoffnungslose Krise hineingeführt hat, soll die Arbeitererschaft den Karren aus dem Dreck holen, auf gut Deutsch gesagt, am besten ganz umsonst arbeiten und auf jedes Mitbestimmungsrecht verzichten, damit es den Unternehmern wieder von Tag zu Tag besser gehe.

Aber wie niedrig muß die gelbe Redaktion die Leser ihrer Zeitschrift einschätzen, daß sie diesen einen solchen Unsinn zu tiefen wagt!

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Berlin: Otto Wenkel, Mitgl.-Nr. 852 503, Herm. Bong, Mitgl.-Nr. 330 956, Pbl. Hart, Mitgl.-Nr. 1 107 752, Ernst Hindels, Mitgl.-Nr. S II 579 818, Paul Kleinschmidt, Mitgl.-Nr. 835 054; Rastenburg i. Ostpr.: Hermann Kapp, Mitgl.-Nr. 388 885, Theodor Schmidt, Mitgl.-Nr. 764 822, Gustav Falk, Mitgl.-Nr. 884 078, Willi John, Mitgl.-Nr. 883 973; Salzungen: Fritz Schwarz, Mitgl.-Nr. 874 372, und gemäß § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Georg Gaudes, Mitgl.-Nr. 913 117.

In der Bezirkszahlstelle

Breslau

ist die Stelle des Kassierers und 2. Bevollmächtigten alsbald neu zu besetzen.

Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit einer selbstgeschriebenen Abhandlung über ihren Lebenslauf sowie einem selbstverfaßten und selbstgeschriebenen Aufsatz über die Aufgaben des 2. Bevollmächtigten in einer Bezirkszahlstelle bis zum 14. März 1931 einschließlich an G. Deswinsky, Breslau 1, Margaretenstraße 17, II, Zimmer 87, einzureichen.

Die Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands sein. Ferner wird vollkommene Beherrschung des Abrechnungswesens und aller dazugehörigen Arbeiten verlangt; desgleichen rednerische Befähigung sowie eine zur Erteilung von Luskünften an die Mitglieder hinreichende Kenntnis des Arbeitsrechts.

Die Bestellung erfolgt nach den Richtlinien des Hauptvorstandes. Gehalt nach Vereinbarung. [10,50-Mk.]

Literarisches.

Hier vor die Kamera! So nennt Max Dautz sein Kampfgedicht in der Zeitschrift des Arbeiter-Lichtbild-Bundes „Das Neue Bild“, deren Federarbeit eine weitere Steigerung der bisher schon beachtlichen Leistungen zeigt. Das soziale Bild, das Dautz in seinen Gedichten wieder im Mittelpunkt ausgedehnter Betrachtung, die durch nicht weniger als 50 meist hervorragende Bilder wirkungsvoll illustriert werden. Das Werk enthält u. a. einen Vortrag von H. Bremer über Filmgenuss, Worte für soziale Filmreformer, zahlreiche technische Hinweise für Photofreunde und eine hübsche Einführung „Der Photogenie“ von Max Dautz. Es ist wirklich eine Freude, diese schöne Zeitschrift im Dienste der Arbeiterbewegung zu lesen. Sie kann für nur 40 Pf. monatlich bei jeder Buchhandlung, Postamt oder beim Verleger, Berlin S. 42, bestellt werden.

Erziehung und Kultur unter dem Fahnenkreuz. Nach der Wahl vom 14. September sind eine Reihe von Großstädten zur Bekämpfung des Nationalsozialismus entstanden. Aber in ihnen wird die kulturelle Seite, noch im besonderen die Frage der Erziehung kaum berücksichtigt. Inzwischen haben wir jedoch in Deutschland bereits zwei nationalsozialistische Volksbildungsinstitutionen, die sich als Bahnbrecher des Dritten Reiches fühlen und betätigen. Es ist deshalb angebracht, einiges Material zur Kenntnis und zur Bekämpfung nationalsozialistischer Kulturauffassung und Kulturpolitik, Erziehungslehre und praktischer Schulpolitik zusammenzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat schon ein Referat über Material: Kultur und Erziehung unter dem Fahnenkreuz herausgegeben. Diese Zusammenstellung behandelt die Kultur- und Erziehungslehre des Nationalsozialismus, die nationale Sozialistische Kulturpolitik, die Erziehung und Schulverhältnisse des Nationalsozialismus und die praktische Kultur- und Schulpolitik der Herren Hitler und Goebbels. Der Inhalt dieser Zeitschrift ist erhellend. Besondere Aufmerksamkeit für die Kulturpolitik verdient die Kultur- und Erziehungslehre der Nationalsozialisten, Weimarer und Reichsbürgerzeit. Die praktische Kultur- und Schulpolitik aus. Das Referatmaterial ist 26 Seiten stark und zum Preise von 30 Pf. von der Verlagsbuchhandlung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 31 zu beziehen.

Sozialdemokratische Lehr- und Lesebücher: Nr. 1, Die sozialdemokratische Wahlpolitik. Nach Friedrich Engels. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Kampffmeyer. 1931. Verlag J. S. W. Metz Verlag, G. m. b. H., Berlin. Preis 30 Pf. Die sozialdemokratische Wahlpolitik ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer der breiten Massenparteien. Die Wahlpolitik der Sozialdemokratie ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer der breiten Massenparteien. Die Wahlpolitik der Sozialdemokratie ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer der breiten Massenparteien. Die Wahlpolitik der Sozialdemokratie ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer der breiten Massenparteien.

Chemische Industrie

Dr. Schlesinger und das Bedaug-Verfahren. (Schluß)

Schlesinger bekämpft die „Ansprücker“ der Anschlagblätter, die die tägliche Leistung angeben, durch die Arbeiterpresse und technische Fachzeitschriften. In den beiden von ihm untersuchten deutschen Fabriken teilen weder die Arbeiter noch die Betriebsleiter diese Auffassung.

Wir möchten wissen, wer von den Arbeitern diese Ansicht vertreten hat. Die Arbeiter beschwerten sich Tag für Tag über diese Art der Antrieberei und auch die Betriebsräte bestreiten entschieden, den in der Conti herumwirrenden Bedaug-Studenten solche Angaben gemacht zu haben.

Schlesinger sagt ferner, daß Arbeiterrat und Betriebsleiter dafür sorgen, daß die Arbeiter sich im Tempo nicht überheben. Wo nimmt der Arbeiterrat nur die Rechtsbefugnis her, die Arbeiter vor überheißtem Tempo zu schützen, und wie stellt sich Schlesinger einen Betriebsleiter vor, der die Arbeiter zu langamer Arbeit anhält, damit seine Prämieinnahmen zurückgehen?

Psychologe ist Schlesinger bestimmt nicht. Das Tollste leistet er aber in der Angabe, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter in der Conti bemerkenswert gut ist, weil die Zahl der Arbeitsunfähigen bei der Continental prozentlich niedriger ist als im Durchschnitt. Die Conti beschäftigte vor einigen Jahren noch über 14.000 Arbeiter. Infolge der Rationalisierung ist der Bestand unter 6000 herabgedrückt worden. Dabei sind selbstverständlich die alten und zu Krankheiten neigenden Arbeiter aufs Straßenpflaster gestoßen und die gesunden, robusten im Betrieb verblieben. Außerdem sorgt eine fortgesetzte Auslese dafür, daß kranke Arbeiter nicht im Betriebe bleiben. Wer die Bedaug-Hehag nicht mitmachen kann, fliegt. Darum gibt es bei Bedaug so gut wie keine kranken Arbeiter. Die Arbeiter der Conti schildern die Antrieberei so, daß die Abortanlagen ohne Schaden für die Arbeiter abgebrochen werden können. Die Arbeiter verachten ihre Notdurft vor und nach der Arbeitszeit zu Hause. Während der Arbeitszeit haben sie dazu keine Zeit, weil ihnen für diese Zeit die B-Werte verloren gehen.

Was daraus für Schaden entstehen muß, haben Ärzte schon vor Jahrzehnten erkannt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Seimarbeiterinnen, wie Konfektionsarbeiterinnen, Wäsche- und Handschuhnäherinnen, um leidlich zu verdienen, sich nicht Zeit nehmen, ihre Notdurft zu verrichten, wodurch schwere Unterleibs-erkrankungen eingetreten sind. In der Conti sind dieselben Wirkungen zu erwarten.

So ist das Bild richtig gekennzeichnet, nicht, wie es Schlesinger sieht.

Als besonderen Vorteil des Bedaug-Verfahrens für die Arbeiter sieht Schlesinger die über dem Tariflohn liegende Lohnbasis an. Seiner Ansicht nach wird dadurch die Minderbezahlung der über 60 in einer Stunde geleisteten Bs mit nur 75 v. H. gerechtfertigt. Eine volle Bezahlung der Überleistung müßte eine Senkung der Lohnbasis herbeiführen, wodurch die Gesamtarbeiterschaft benachteiligt und die Spitzenleistungen zu hoch bewertet würden. Grundsätzlich soll die Bedaug-Gesellschaft selbst keine Bedenken haben, auch einen anderen Schlüssel als 75 v. H. zu wählen.

Solche Angaben zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Unzuverlässigkeit der Bedaug-Gesellschaft. Den Betriebsräten und dem Verfasser dieses Artikels erklärten Bedaug-Ingenieure, daß mit den 75 v. H. der Überarbeit Bedaug fest und fällt. Herrn Schlesinger ist es anders gesagt worden.

Das Arbeitsgericht Hannover hat sich in der Urteilsbegründung bei Abweisung der Klage auf volle Bezahlung der Überleistungen die Ansicht Schlesingers zu eigen gemacht, die höhere Bedaug-Lohnbasis berechtigt zu diesen Abzügen.

Dieses Urteil ist unhaltbar. Das Bedaug-Verfahren wird als ein neues Akkordsystem bezeichnet. Ist der Vergleich zutreffend, dann liegt beim Bedaug-Verfahren ein Lohnbetrug vor. Jedes Akkordverfahren geht von bisherigen Lohnsätzen aus oder stützt sich auf einwandfreie Zeitmessungen unter Berücksichtigung der höheren Leistungen. Bedaug findet den Tariflohn und bisherige Akkordsätze vor. Er mißt die Zeit und korrigiert diese so, daß er unter allen Umständen zu einem B-Wert kommt, der weit unter der bisherigen Leistung liegt. Diese absichtlich unterbewertete Arbeitsleistung muß erst auf 60 Bs in der Stunde gebracht werden, um als normal zu gelten. Auf diese erhöhte Leistung ist die Lohnbasis gestellt.

Das erkennt auch Schlesinger an. Auf Seite 357 schreibt er, daß sich die Durchschnitts-B-Stunde von 43 auf 68 gehoben hat. Nach Schlesinger haben demnach alle Arbeiter der Conti bis zur Einführung des Bedaug-Verfahrens nur 43 Bs geleistet, auch bei schwerster Akkordarbeit. Es werden aber 60 Bs verlangt. Die Steigerung der Leistung von 43 auf 60 Bs durch Einführung des Bedaug-Verfahrens beträgt 39,5 v. H. Dafür müßte nach den Prinzipien der Akkordarbeit ein Lohn von 1,14 Mark bei einem Tariflohn von 82 Pf., wie er in der Conti gültig ist, gezahlt werden. Darauf läßt Bedaug sich aber nicht ein. Nach Schlesinger sind 12 Lohnklassen von 0,93 bis 1,26 Mark festgelegt. Unseres Wissens beträgt die höchste Lohnbasis 1,14 Mark. Was darüber hinausgeht, sind belanglose Ausnahmen. Die große Mehrzahl der Arbeiter hat einen geringeren Grundlohn.

Es ist also unrichtig, daß die Lohnbasis gegenüber dem Tariflohn erhöht ist. Bedaug hat Akkord eingeführt und unter Inangriffnahme der Leistung den Akkordverdienst schon in der Lohnbasis nicht voll ausgezahlt. Die Minderbezahlung von weiteren Überleistungen kann also nicht mit der Lohnbasis begründet werden. Diese Minderbezahlung stellt einen glatten Lohnbetrug dar.

Dafür bringt Schlesinger auch selbst den Beweis. Er behauptet, daß die Leistungssteigerung 58 v. H. beträgt, dagegen die Lohnsteigerung nur 15,5 v. H. Die Auswertung ergibt, daß der Lohn im Verhältnis zum Arbeitsprodukt um 28,9 v. H. gesunken ist.

Bei Feststellung dieser Tatsache sind Schlesinger doch einige Bedenken aufzulegen. Er schreibt nämlich entschuldigend, daß aus der 58prozentigen Steigerung der Arbeitswirksamkeit nicht geschlossen werden darf, daß diese Steigerung allein durch Erhöhung des Arbeitstempos hervorgerufen sei. Das Arbeitstempo ist zwar allgemein gestiegen, aber aus eigenem Studium aller wichtigen Conti-Betriebe darf er feststellen, daß dort zwar flott, aber durchaus nicht übermäßig schnell gearbeitet wird. Der wesentliche Teil des Erfolges liege zweifellos darin, daß die Betriebsleitung, die ja vom Vorarbeiter an aufwärts am Arbeiterertrag beteiligt ist, für Hinwegräumen aller Arbeitschwierigkeiten sorge.

Auch Dr. Bramesfeld hat seinerzeit geschrieben, daß die Arbeiter der Continental auf ihn nicht den Eindruck des Geheißens gemacht haben. Diese Eindrücke belegen gar nichts. Im Vorbeigehen läßt sich die Arbeit nicht schätzen. Wer mit schwerem Handwerkszeug oder schweren Arbeitsstücken hantieren muß, erscheint dem Zuschauer immer angestrengter beschäftigt als der mehr auf Fingerfertigkeit und Gewandtheit Angewiesene. Dafür ist in der Conti selbst Anschauungsmaterial vorhanden. Ein Arbeiter mit 95-B-Stunde wird gezeigt, der in ganz ruhiger Weise, scheinbar ohne Anstrengung, sein Quantum leistet, während andere Arbeiter trotz größter Heherei diese Leistung nicht vollbringen können.

Ungeheure Gewinne

hat die Chemische Industrie in den letzten Jahrzehnten eingeheimst, fette Dividenden und fürstliche Entschädigungen an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gezahlt. Infolge ihrer Monopolstellung konnte die Chemische Industrie vielfach ihre Preise ganz nach ihrem Belieben festsetzen, und so kam es, daß die

Verkaufspreise oft mehr als das zehn- bis zwanzigfache der Herstellungskosten

betrugen. Und trotz alledem, trotz glänzender Geschäftslage, trotz riesenhafter Gewinne, trotzdem die Chemische Industrie und ganz besonders die chemische Großindustrie fast im Golde erstickt, soll den Chemieproleten noch ein

unerhörter Lohnabbau

aufgezwungen werden. Nichts zeigt deutlicher als diese Forderungen auf Lohnabbau, daß es eine Gemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern nicht geben kann, daß die Arbeiterschaft immer nur Ausbeutungsbjekt für die Unternehmer sein wird, wenn sie sich nicht endlich freimacht von den Fesseln, die ihr der Kapitalismus anzulegen versucht. Das einzige Mittel dazu ist die Organisation, die einzige Waffe, die im Kampfe gegen den Lohnabbau Erfolg bringen kann, ist der Verband.

Zerspaltung durch R.O. und durch Nazis liefert die Arbeiterschaft den Chemiegewaltigen vollkommen aus. Wehre alle Spalter ab! Stärke deinen Verband!

Die Ansicht, daß die hohen Leistungen durch Hinwegräumen der Arbeitschwierigkeiten erzielt worden sind, mußte ein Kindermärchen an. Die Conti hat vor Einführung des Bedaug-Systems auf Grund amerikanischer Studien ihren Betrieb eingehend durchrationalisiert. Ihr nachzujagen, daß dabei die den Arbeitern im Wege stehenden Hindernisse nicht beseitigt wurden, heißt doch wohl, die technischen Fähigkeiten der Betriebsleiter allzu stark anzweifeln. In der Conti ist eben das Bedaug-Verfahren der technischen Rationalisierung noch aufgepfropft worden. Der Erfolg ist dadurch erreicht, daß die Arbeiter aufs höchste angetrieben werden, wie, ist an anderer Stelle gesagt.

Alle sonstigen Angaben Schlesingers können unbeachtet bleiben. Sie sind dem Wortschatz der Bedaug-Gesellschaft entnommen und dazu herufen, den Kern des Bedaug-Verfahrens zu verdecken. Die ganze Arbeit Schlesingers, das muß festgehalten werden, deckt sich vollständig mit den Angaben der Bedaug-Ingenieure. Neues enthält sie nicht. Über ungeklärte Fragen gibt sie keinen Aufschluß. Auf die Auswertung der gemessenen Zeit und der geschäftlichen Geschwindigkeit geht Schlesinger nicht ein. Er kann das nicht, weil die Bedaug-Ingenieure in diese Arbeit keine Einsicht gewähren. Sie haben ihn auch nicht unterrichtet, daß die gemessene Zeit in der Regel nicht eingeseht wird, sondern ein Teil dieser Zeit durch eine unredelmäßige Methode, die ein „erfahrungswissenschaftliches Geheimnis“ der Bedaug-Gesellschaft ist, verschwindet. Die Gefahr solcher Veröffentlichungen liegt für die Arbeiter darin, daß sie als wissenschaftliche Leistungen gewertet werden, auch wenn die Unrichtigkeit nachgewiesen wird. Die Veröffentlichungen der Gewerkschaftspresse bleiben dagegen häufig unbeachtet, auch wenn sie sich auf reiches Tatsachenmaterial stützen, wie in diesem Falle.

G. Haupt

Schwere Unfälle in den Farbwerken Gersthofen. Vier Arbeiter schwer verletzt.

In den Gersthofener Farbwerken, bei denen die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle bemerkenswerterweise von 76 im Jahre 1929 auf 27 im Jahre 1930 zurück-

gegangen sind, ereigneten sich am 13. und 14. Februar zwei schwere Unglücksfälle, deren Opfer vier Arbeiter wurden. Am 13. Februar morgens kam der in einer Abteilung der Eindampfstation beschäftigte Arbeiter Laver Bauerschmidt auf bisher noch ungeklärte Weise in ein Transportband im Salzsäurebetrieb. Dabei wurde ihm der rechte Vorderarm am Ellenbogen abgerissen. Der genaue Hergang des Unfalles konnte noch nicht festgestellt werden. Die betreffende Maschine ist bis auf eine freiliegende Stelle mit Schutzvorrichtungen versehen. Der Schwerverletzte wurde in das Augsburger Städtische Krankenhaus gebracht.

Am 14. Februar, nachmittags, waren die Fabrikchloffer Friß Forster von Stettenhofen, Georg Nagel und August Meier von Gersthofen ebenfalls in der Eindampfstation damit beschäftigt, an einer Laugenpfanne und deren Abflußrohr einen Hahn auszuwechseln. Es wurde angenommen, daß Pfanne und Rohrleitung vollständig entleert seien. Durch einen unglücklichen Zufall ist nun anscheinend in dem konischen Abfluß der Pfanne ein Quantum hochprozentiger, warmer Lauge durch eine Verstopfung im Rohr zurückgehalten worden.

Auf noch unaufgeklärte Weise löste sich das Hemmnis und die heiße Lauge ergoß sich über die drei Arbeiter. Meier erlitt Brandwunden bzw. Verätzungen am Oberschenkel und am Arm, Forster im Gesicht. Am schwersten wurde Nagel verletzt, der neben Brandwunden und Verätzungen im Gesicht auch solche am Rücken davontrug, wobei die Gesichtsverletzungen und die der Augen dadurch besonders schwer wurden, daß Nagel bei dem Unfall die Schutzbrille verlor. Nagel und Forster wurden in eine Augenklinik gebracht, Meier dagegen in das Städtische Krankenhaus.

Es wurde sofort eine genaue Untersuchung des Unfalles angeordnet, die jedoch noch keine vollständige Klärung zu bringen vermochte.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1930.
Von G. Stähler (Hannover).

Amlich wird gemeldet, daß die Zahl der Arbeitslosen in der deutschen Papierindustrie von 16.065 im Anfang Dezember 1929 auf 33.045 im Anfang Dezember 1930, also um über 100 Prozent, gestiegen ist. Im Diversifizierungsgewerbe — einer sehr bedeutenden Abnehmergruppe der deutschen Papierindustrie — stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen von 13.754 auf 31.650. In diesen Zahlen offenbart sich das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit, das im Jahre 1930 über die deutsche Papierarbeiterchaft hereingebrochen ist.

Noch drastischer kommt die Arbeitslosigkeit in den von den Gewerkschaften ermittelten Zahlen zum Ausdruck:

Industrie	Auf 100 Gewerkschaftsmitglieder entfallen:		
	Vollarbeiter am 1. 1. 31	am 1. 12. 29	Kurzarbeiter am 1. 1. 31
Papiererzeugung	76,5	91,5	24,2
Papierverarbeitung	70,9	89,0	18,5
Buchdruck	77,2	89,1	—

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß am 1. Januar 1931 in der gesamten deutschen Papierindustrie über 25 Prozent aller Vollarbeiter arbeitslos waren und rund 20 Prozent aller Arbeiter verkürzt arbeiteten.

Geradezu erschütternd aber wirkt es, wenn z. B. amlich aus Bayern gemeldet wird, daß die Zahl der Arbeitslosen vom 31. Dezember 1930 bis 15. Januar 1931 sich um rund 38.000 erhöhte und daß der Zahl von 4692 arbeitslosen Papierarbeitern eine ganze offene Arbeitsstelle gegenüberstand.

Die Ursachen der Krise.

Der Zusammenhang der wirtschaftlichen Depression in Deutschland mit der Weltwirtschaftskrise wird von keiner Seite bestritten. Die besondere Schärfe der Krise in Deutschland beruht zweifellos auf innerdeutschen Auswirkungen. Mit Recht weist der Geheimre Regierungsrat Thurmman in seinem Artikel über „Weltkrise und Deutschenkrise“ in der „Papierzeitung“ zu Beginn des Jahres 1931 darauf hin, daß sich bereits vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, und zwar im Jahre 1927, eine verschlechterte Konjunktur in Deutschland bemerkbar machte. Die Hege des privatwirtschaftlich eingestellten Unternehmertums und der Banken gegen Staat und Kommunen und besonders gegen deren gemeinwirtschaftlichen Betriebe hatte den Erfolg, daß sich auch der damalige Reichsbankpräsident Schacht dieser Hehcampagne anschloß. Thurmman, der gleichfalls privatkapitalistische Interessen vertritt, bezeichnet das Ergebnis dieser Hege mit folgenden Worten: „Jetzt wurde die Depression aber durch das Versiegen des internationalen, besonders aus Amerika fließenden Goldstromes rapide verstärkt.“

Die Republikfeindlichkeit und Steuerfurcht weiter Kreise des deutschen Unternehmer- und Finanztums führte gleichzeitig zur Kapitalflucht. Das dem Steuerfiskus und der deutschen Wirtschaft auf diese Art und Weise entzogene Kapital wurde selbst aus Bankkassen auf rund 10 Milliarden Reichsmark geschöpft. Beschleunigt wurde diese Kapitalflucht abermals, als im September 1930 die Nationalsozialisten ihren ersten Wahlsieg errangen. Besonders war es die Schweiz, deren einzelne Kantone es verstanden, die deutschen Kapitalflüchtler an sich heranzuziehen. Die Handelsredaktion des „Berliner Tageblatts“ sah sich veranlaßt, einen mit „Golding-Paradies Schweiz“ überschriebenen Artikel vom 22. November 1930 mit folgender Einleitung zu versehen:

Die Preussische Elektrizitäts-Gesellschaft hat vor kurzem eine Finanzierungs-Gesellschaft, die Continentale Elektrizitäts-Union, in Basel errichtet. Nichts illustriert besser die Attraktionskraft der Schweiz als Paradies der Finanzierungs- und Golding-Unternehmen und die besondere Seelen auch durch eine Gründung des Hoeft-Konzerns dokumentierte Flucht der deutschen Wirt-

Schaft, sich in der Schweiz zu etablieren; wenn selbst eine staatliche Gesellschaft den Schritt über die Grenze unternimmt, dann bedarf es keines Beweises mehr für die kritische Zustimmung der Verhältnisse. Gerade darum erscheinen uns die nachstehenden Ausführungen von Interesse, weil sie einen Eindruck von den Mitteln geben, deren sich die Schweiz bedient, um ausländische Gesellschaftsgründer für sich zu gewinnen, Mittel freilich, die mehr und mehr auch im Lande selbst auf Widerstand stoßen.

Im Rahmen dieses Artikels braucht auf die von der Schweiz angewandten Mittel zur Heranziehung deutschen Kapitals nicht näher eingegangen zu werden; es dürfte die Feststellung genügen, daß sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen hat, nicht nur Steuererleichterungen, sondern auch Steuerfreiheit für die verschobenen Kapitalen zuzusichern, um diese wieder nach Deutschland zurückzuführen.

Daneben fragen zweifellos auch die von Deutschland aufzubringenden Reparationslasten zur Verschärfung der Krise bei.

Die Absatzschwierigkeiten der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wurden verschärft durch die deutsche Hochschußzollpolitik zugunsten der Landwirtschaft. Diese Politik fand jahrelang die Förderung der deutschen Industrie. Langsam tritt auch in diesen Kreisen eine Ernüchterung ein. In einer Eingabe des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes vom 23. Dezember 1930 an das Reichswirtschaftsministerium werden die Folgen dieser Hochschußzollpolitik u. a. folgendermaßen gekennzeichnet:

„Es mag an dieser Stelle noch kurz erwähnt werden, daß unserer Industrie bereits auf Grund der seitherigen Agrarzollmaßnahmen Ausfälle entstanden sind, über welche wir die Reichsregierung laufend unterrichtet haben. Wir erinnern dabei an die Beeinträchtigung unseres Ausfuhrgeschäftes nach Südamerika, auf Grund der Freilassung der Getreide-Einfuhr, an den Rückschlag auf dem südlawischen Markt infolge der deutschen Roggenpropaganda, besonders aber an die Deutschland gegenüber eingetretene Wohlstandsbewegung in den skandinavischen Ländern, Holland und den an der Zollkonferenz in Singaia beteiligten Staaten. Diese Deutschland gegenüber angewandten Maßnahmen sind noch keineswegs zum Abschluß gekommen oder gar in Vergessenheit geraten. Wir haben noch in letzter Zeit Mitteilungen aus den in Frage kommenden Ländern erhalten, daß Abnehmer, die bisher ihren Bedarf in Deutschland deckten, zu anderen Lieferstaaten bereits übergegangen sind und übergehen werden. Erneute Schritte Deutschlands in der bisherigen Richtung, insbesondere die Vermittlung der letzten von der Landwirtschaft vorgebrachten Forderungen, werden u. E. zu unabsehbaren Folgen führen und den Abschluß von Handelsverträgen außerordentlich erschweren. Die Industrie wird die mit großer Mühe und unter großen Opfern erkämpften und behaupteten Absatzgebiete für immer verlieren, und der Deutschland verloren gegangene Markt wird sich besonders den Ländern zuwenden, mit welchen Deutschland im Wettbewerb steht.“

Ähnliche Klagen und Warnungen befinden sich in fast sämtlichen Jahresberichten der deutschen Handelskammern.

Alle diese angeführten Tatsachen, die zur Verschärfung der deutschen Krise naturnotwendig beitragen müssen, halten das deutsche Unternehmertum nicht ab, in demagogischer Art und Weise die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften, die Sozialpolitik in Deutschland und die Mitwirkung der Sozialdemokratie am Staatsleben für die Krise verantwortlich zu machen. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise.

Wir haben auf die Ursachen hingewiesen, die zur Verschärfung der Krise in Deutschland beitragen. Trotz alledem bleibt auch die deutsche Wirtschaftskrise in erster Linie ein Teil der Weltwirtschaftskrise. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise liegen außer in strukturellen Änderungen vor allem in den in den letzten Jahren vorgenommenen sinn- und planlosen internationalen Rationalisierungsmaßnahmen, in den Bestrebungen der einzelnen Staaten, zum Schutze ihrer einheimischen Industrie sich durch Zollschutzmassnahmen gegenseitig abzuschließen, und in der Unfähigkeit sowohl des internationalen Unternehmertums als auch der internationalen Regierungen, in der Frage der Produktions- und Absatzregelung sowie in der Frage der Handelsbeziehungen, der Handelsverträge und in den internationalen Zollgesetzgebungen wirtschaftlich tragbare internationale Verständigungen herbeizuführen.

Ein treffendes Bild hierfür liefert die Entwicklung der internationalen Zellstoffindustrie. In Nr. 46 der Zeitschrift „Der Papierfabrikant“, Jahrgang 1930, wird diese Frage behandelt. Im Zusammenhang mit der Konferenz der europäischen Zellstofffabrikanten in Kopenhagen, die bekanntlich zu einer 15prozentigen Einschränkung der europäischen Zellstoffproduktion führte, wird darauf hingewiesen, daß die europäische Zellstoffindustrie sich zwar auf den von Jahr zu Jahr steigenden normalen Mehrbedarf eingestellt habe, daß dabei aber die Ausdehnung der nordamerikanischen-kanadischen Zellstoffindustrie unterschätzt worden sei. Kanada liefere bereits große Mengen Zellstoff nach England und Frankreich, es halte ferner die Preise in den Vereinigten Staaten außerordentlich niedrig. Hinzu komme, daß der chinesische Markt, der ein Hauptabsatzgebiet der norwegischen Papierindustrie gewesen sei, unter dem schärfer hervortretenden japanisch-kanadischen Wettbewerb für die europäische Papiererzeugungsindustrie fast ganz verloren gegangen sei.

Bezüglich der Entwicklung der europäischen Zellstoffindustrie wird folgendes angeführt:

„An die schärfste in der europäischen Zellstoffindustrie richtete sich der Wettbewerb, nach dem von der Entwicklung in den Nachkriegsjahren anzusehen. Hieraus wurde auch bei den Berechnungen in Kopenhagen der größte Wert gelegt. Es ergab sich, daß die schwedische Erzeugung von 833 000 Tonnen im Jahre 1929 auf 1 836 000 Tonnen im Jahre 1930 gestiegen ist, und im Jahre 1931 bereits 1 535 000 Tonnen erreicht wird, daß die deutsche Erzeugung in der gleichen Zeit von 455 000 Tonnen auf 1 017 500 Tonnen stieg und im Jahre 1930 diese Zahl nicht unerheblich übersteigert wird, wenn eben die Erzeugung nicht beschränkt wird. Die finnische Erzeugung hat sich seit 1920 bis 1929 mehr als verdoppelt und wird in diesem Jahre 625 000 Tonnen erreichen, und ganz ähnliche Steigerungen hat die norwegische Zellstoffindustrie zu verzeichnen, die allein im Jahre 1929 ihre Erzeugung um volle 100 000 Tonnen gesteigert hat und in diesem Jahr auf 750 000 Tonnen kommen wird. Auch die schweizerische Erzeugung, die sich im Jahre 1929 auf 420 000 Tonnen erhöhte, hat, sowie die österreichische mit rund 300 000 Tonnen drängen zur Ausfuhr, und all diese Mengen Zellstoff kämpfen gegen das stark vergrößerte Angebot Kanadas auf dem Weltmarkt. Die kanadische Zellstoffindustrie verfuhr nicht nur den nordamerikanischen Markt zu beherrschen, sondern will Hilfe nach Europa suchen und in England setzen Fuß zu setzen und hier die kanadische Industrie ganz zu verdrängen, wozu die Krise

um Lord Beaverbrook-Baldwin hilfreiche Hand bieten. Eine Begünstigung der kanadischen Zellstoff- und Zeitungsdrukpapier-Einfuhr nach England könnte leicht für die europäische Zellstoff- und Papierindustrie verhängnisvoll werden, und aus diesem Grunde werden auch die Verhandlungen auf der britischen Reichskonferenz in London mit sorgender Aufmerksamkeit nach dieser Richtung verfolgt.“

Derartige sinnlose Produktionssteigerungen nennt der Verfasser des Artikels „auf einen normalen Mehrbedarf eingestellt“. Diese sonderbare Einstellung auf den normalen Mehrbedarf ist aber nicht nur in der Zellstoffindustrie, sondern in der gesamten Papiererzeugungsindustrie, und zwar nicht nur in Europa, sondern in allen übrigen produzierenden Staaten vor sich gegangen. Darüber hinaus haben sich die gleichen Erscheinungen in den wichtigsten Industriezweigen aller sogenannten Kulturstaaen bemerkbar gemacht. Der grauenhafte Erfolg dieser sinnlosen Rationalisierungsmaßnahmen ist die fast unüberwindliche Weltwirtschaftskrise, die bisher rund 20 Millionen Menschen aus dem internationalen Produktionsprozess gedrängt hat.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie vor dem Enquete-Ausschuß.

IV.

Die Betriebsformen in der Spielwarenindustrie haben sich wenig geändert. Das Vordringen der Fabrik vermochte das Verlagsystem nicht zu verdrängen. Den beiden historischen Hausgewerbebezirken, Sonneberg und Ergebitze, verleiht das Verlagsystem noch heute ihr besonderes Gepräge. Daneben gibt es zahlreiche Kombinationen zwischen Fabrik, Verlag und Heimarbeiter, die sogenannten gemischten Betriebe. Hierher gehören vor allem die Fabriken, die einen Teil der Arbeiten außerhalb des Betriebes in Heimarbeiter ausführen lassen. Diese Betriebsform findet sich namentlich in der Stoffspielwaren- und Puppenindustrie, in der Sinnenfigurenindustrie, in der Karnevalartikelindustrie usw.

Die nationalsozialistische Erneuerung des deutschen Volkes.

„Selbstmord ist die einzige Heldentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrigbleibt. Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit im Kampfe für das Allgemeinwohl eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu sein. Wer er tapfer Kampf, seine Gesundheit und sein Leben im Kampfe auf Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden.“

„Der Staat sorge streng für die Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge. Auf jährlichen Kontrollversammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen; die Kranken und Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten.“

So schrieb der den Nationalsozialisten nahestehende Schriftsteller Ernst Mann im Jahre 1920 in seiner Broschüre: „Die Moral der Kraft“.

In den sogenannten Hausgewerbebezirken nimmt der Fabrikant teilweise Verlegerfunktion an. Eine Kombination von Verlag und Fabrik kommt umgekehrt auch in der Weise vor, daß sich der Verleger nicht auf den Verlag der Hausgewerbeartikel beschränkt, sondern daneben eine eigene Fabrikation für besondere Spezialartikel einrichtet. Schließlich werden vom Verleger Teile von Artikeln hergestellt, die zur weiteren Bearbeitung den Hausgewerbetreibenden übergeben werden. Umgekehrt werden auch Zeilartikel der Hausgewerbetreibenden erst vom Verleger fertiggestellt.

Im Gegensatz zu Fabrik und zu den gemischten Systemen ist im Verlagsystem die Produktion vollkommen dezentralisiert. Der Verlag ist die Sammelleiste für die Vielzahl der Produkte. Hier werden die Produkte handelsfähig gemacht, zusammengestellt oder ergänzt. Der Verlag organisiert den Absatz und regelt die Produktion.

Die Verlagsheimarbeiter zerfallen in zwei Hauptgruppen: die Fertigmacher und die Zeilarbeiter. Darüber hinaus herrscht eine weitgehende Spezialisierung. Die Grenze zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter ist flüchtig. Häufig kommt es auch vor, daß ein Hausgewerbetreibender gleichzeitig einem anderen Arbeitgeber gegenüber Heimarbeiter ist. Auch der Hausgewerbetreibende kann für seinen Betrieb wieder Heimarbeiter beschäftigen. Die Abgrenzung nach dem Hauptgeschäftspunkt von Preiswerk und Lohnwerk ist unscharf. Namentlich die Gewerkschaften wollen im Kampf gegen die Mißstände im Hausgewerbe den Kreis der Heimarbeiter erweitern wissen, da ein wirtschaftlicher Unterschied zwischen Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden in vielen Fällen nicht vorhanden sei.

Das Rechtsverhältnis zwischen Verleger und Hausgewerbetreibenden wird nicht als Kaufvertrag, sondern als Dienstvertrag angesehen. Forderungen der Hausindustriellen an den Auftraggeber werden daher vor dem Arbeitsgericht, nicht vor dem Amtsgericht geltend gemacht.

In der Betriebsform der Spielwarenindustrie lassen sich folgende Betriebsysteme unterscheiden:

- 1. die reine Fabrik;
2. der gemischte Betrieb mit vorwiegendem Fabrikcharakter, der neben Fabrikarbeitern dezentralisierte Fabrikheimarbeiter,
3. ein Hausgewerbetreibende, beschäftigt;
3. der reine Verlag, der mit „selbständigen“ Hausgewerbetreibenden - Zeilarbeitern und Fertigmachern - und Verlagsheimarbeitern arbeitet;
4. der gemischte Betrieb mit überwiegenderem Verlagscharakter, der neben der zentralisierten Fabrik die Produktion entweder bestimmter Spezialartikel oder bestimmter Teile innerhalb des Produktionsprozesses fabrikmäßig betreibt.

Der Umfang der Hausarbeit in der Spielwarenindustrie 1925 ist folgendermaßen ermittelt:

Table with 6 columns: Gewerkegruppe, Betriebe überh., davon hausgewerblich absolut, in %, Beschäft. überh., davon hausgewerblich absolut, in %. Rows include Metallspielwaren, Holzspielwaren, Puppen, Stoffspielwaren, Papierpielwaren, Glaspielwaren, Christbaumschmuck, Sonst. Spielwaren.

Spielwaren insgesamt: 11 151 8 850 79,4 38 251 10 000 28,7

Über ein Viertel der Gesamtzahl der in der Spielwarenindustrie beschäftigten Personen entfällt auf Verlagsheimarbeiter. In den einzelnen Produktionszweigen entspricht das Bild der Verteilung der Betriebsgröße. Da das Handwerk als Betriebsform in der Spielwarenindustrie keine Rolle spielt, ist der Kleinbetrieb überwiegend identisch mit der Verlagsarbeit. Ihre Bedeutung ist überragend in der Glaspielwaren- und Christbaumschmuckverfertigung, während sie in der Metallspielwarenbranche, wo es sich lediglich um Fabrikheimarbeit handelt, zurücktritt. Bei Beschränkung auf die Glasartikel ist die Christbaumschmuckindustrie sogar vollkommen als Verlagsheimarbeit organisiert. Jeder Feder, Glaskugeln fabrikmäßig herzustellen, ist gescheitert. Anders liegt es bei den übrigen Artikeln der Christbaumschmuckfabrikation, wie Lichtkatern, Lameffa usw.

Die Hausarbeit spielt auch in der Puppenfabrikation der Stoff- und Holzspielwarenherstellung eine Rolle. Attrappen werden fast ausschließlich in der Hausarbeit hergestellt. In der Karnevalartikelindustrie ist der Fabrikbetrieb in großem Maße mit Heimarbeiter verbunden. Gesellschaftsspiele usw. werden nur in Fabrikbetrieben, Gummi- und Zelluloidspielwaren ebenfalls nur in Fabriken hergestellt. Hier ist die hausgewerbliche Fabrikation zum Teil sogar verboten.

In den 18 Jahren, die zwischen beiden Betriebszählungen liegen, hat die Verlagsheimarbeit verhältnismäßig abgenommen. Nachstehende Tabelle gibt darüber Aufschluß:

Die Entwicklung der Hausarbeit 1907 bis 1925.

Table with 6 columns: Jahr, Betriebe überh., davon hausgewerblich absolut, in %, Beschäftigte überh., davon hausgewerblich absolut, in %. Rows for 1907 and 1925.

In den Jahren nach 1925 scheint allerdings teilweise eine Entwicklung zugunsten der Hausarbeit vor sich gegangen zu sein.

Zur Behebung der „Krebschäden“ im Verlagsystem sind von gewerkschaftlicher Seite eine Reihe Vorschläge gemacht. Sie beziehen sich hauptsächlich auf eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (in der Form eines Arbeitsverbots) und eines weitgehenden Tariffschutzes der Hausgewerbetreibenden bei der Preisgestaltung. Die Forderungen der Hausarbeiter hat die südbayerische Heimarbeiterkonferenz vom 7. Oktober 1928 in zehn Punkte zusammengefaßt.

Die Zukunft des Verlagsystems ist schwer zu beurteilen. Bei der herrschenden Bedarfskrise und Produktionsstechnik erscheint sein wirtschaftlicher Machtbereich in weitem Umfang gefährdet. Fortschritte der Technik, Übergang zu neuen Rohstoffen, vor allem aber ein amerikanischer Verhältnissen sich annähernder Geschmacksinn würde dem Fabrikbetrieb alsbald die Überlegenheit verschaffen. Die Konkurrenz zwischen Fabrik und Verlag müßte sich damit einer zwangsläufigen Entwicklung anpassen.

H. Eißlein.

Jugendbewegung.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit im sozialen Wandern.

Die Arbeiter-Bildungstätigkeit in den verschiedensten Arbeiterorganisationen ist heute außerordentlich vielseitig. Das gilt auch von der Arbeit der Gewerkschaften selbst. Alle Grenzen des wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Lebens scheinen erreicht, alle Formen der gewerkschaftlichen Arbeit erfasst zu sein. Funktionärkurse, Bildungsabende und Referate erschöpfen diese Themen ausgiebig. Dennoch bleibt oft noch manches zu tun, das dieses Bild wesentlich erweitern und vertiefen könnte. Wir denken nur an die notwendigen Formen der Geselligkeit, die oft von Kurzfesteinern als Ergänzung und Verlebendigung gewünscht werden. In gewissem Grade kann man dem gerecht werden und soll es unbedingt tun, wo der Wunsch nach Wanderungen und Fahrten durch die nächsten Landschaftsgebiete aufsteht, denn gerade darin liegt ein großer Bildungswert. Wenn nicht immer gute Führer aus eigenem Kreise zur Verfügung stehen, da wende man sich getrost an die nächsten Gruppen der Naturfreunde, die zur Mitarbeit gern zur Verfügung stehen.

Hier soll als wichtiges gewerkschaftliches Bildungsproblem ein Gebiet des modernen Wanderns gewürdigt werden, das insbesondere oft auch die Arbeiterwanderer behandeln. Es ist das soziale Wandern. Gewiß, zu einem Teile kommen die Gewerkschafter von selbst dazu. Die Betriebsbeschäftigten in den verschiedensten Industriegebieten gehören nämlich durchaus zu diesem Thema. Nur erstreckt sich solches gewöhnlich lediglich auf den eigenen Beruf, auf die Industrie, für deren Arbeitnehmer die betreffende Gewerkschaft Interessenvertreterin ist.

Auch hier dürfte das Bild wesentlich erweitert werden, wenn wir die Landwirtschaft, in der ein Kurzus, eine größere Zusammenkunft oder dergleichen stattfindet, auch einmal als Wirtschaftsgebiet betrachten, in dem sich selbstverständlich die verschiedensten Industrien angegliedert haben. Es dient durchaus dem gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Weitblick, wenn der Teilnehmer auch andere, fremde Berufsformen mit dem eigenen Lebensbild verbindet, um so zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Wesentlich sind dabei gewisse soziologische Betrachtungen, die das Landschaftsbild als solches und vor allem seine geologische Beschaffenheit mit umschließen.

Erst die Landschaftsgestaltung bietet Klarheit über Möglichkeiten der menschlichen Arbeit. Aus ihrer geologischen Beschaffenheit ergibt sich die Form der Industrie, die aus den Bodenverhältnissen schöpft. Und von dieser Grundlage ausgehend findet man

auch die Überleitung zu weiterhin möglichen industriellen Siedlungsformen, die der Verarbeitung der gewonnenen Rohstoffe dienen. Der Überblick über die Gestaltung der Landschaft - besonders von Türmen und Höhen gesehen - vermittelt auch einen Eindruck von Weiten und Wirkungsmöglichkeiten des Handels, von der Entwicklung der Verkehrswege und weiterer wichtiger Grundformen modernen Wirtschaftsaufbaus. Sogar die Überleitung zu notwendigen Kartell- und Konzernbildungen ist zu finden. Denn was aus der Landschaft und ihren Lebens- und Entwicklungsbedingungen an industriellen Formen hervorgewachsen ist, bietet in der Gesamtheit erst die Erkenntnis von den möglichen Zweigungen des wirtschaftlichen Lebens.

Rücksehend werden daneben, Landschaftsformen, Siedlungsanlagen und Städtebauten auch von früheren Wirtschaftsformen Kunde geben. Es muß eben im sonstigen Arbeitsplan so viel Muße gefunden werden, daß man sich auch einmal richtig im Städtebild umschauen kann. Die Bauten selbst, die mittelalterlichen Kunstformen an Häusern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden berichten in umfangreicher Weise von früheren Arbeitsformen. Wenn dann erst, noch gut unterrichtete Führer von Fundstätten der Frühzeit und der Vorgeschichte in der näheren und weiteren Umgebung erzählen können, so ist wesentliches Material für die Wirtschaftsgeschichte gewonnen. Und Wirtschaftsgeschichte gehört sicherlich zu den wichtigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sich in diesem Rahmen ergebende Beschäftigungen besonderer Anlagen und Museen soll man natürlich nie ganz ohne Vorbereitung und Führer unternehmen, denn auch dabei ist die durch diesen herbeigeführte gesunde Konzentration des wirklich Wesentlichen von besonderem Wert.

Diese praktischen Hinweise nun richtig aneinander abgewertet, ergibt eine weitere Erkenntnis vom Wertbegriff der Arbeit. Gewiß werden gewerkschaftliche Funktionäre nie so ganz der Gefühlsregung unterworfen, daß Arbeit heute reine Last ist. Sie wissen aus ihrer ganzen Tätigkeit und vor allem auch aus dem Bildungsmaterial von Kursen und Vorträgen, daß Arbeit immer im Rahmen der menschlichen Kultur-entwicklung ein wichtiger Wertbegriff bleibt, ja überhaupt der grundlegende Wertbegriff ist, von dem jegliche Kultur-entwicklung ausgeht. Was aber bisher meist in der Theorie klargestellt wurde; wird durch solch soziale Wandern bildlich verdeutlicht. Und wir wissen, jede bildliche Erläuterung des Wissensstoffes wirkt immer besonders einprägsam.

Und dann tritt in bezug auf den Wertbegriff der Arbeit noch ein weiteres wichtiges Moment hinzu. Die Zusammenfassung des draußen Erschaute: die Landschaft, ihre geologische Beschaffenheit, die Rohstoffgewinnung, die meist an Ort und Stelle erfolgende Rohstoffverarbeitung, die darauf aufbauende weitere industrielle Entwicklung, die Gestaltung der Handels- und Verkehrswege und ihrer weiteren Aufbaumöglichkeiten zeigt erst klar, welchen Wirtschaftsfaktor in diesem besonderen Wirtschaftsgebiet die Arbeit darstellt und wie weit maschinelle oder rein menschliche Arbeitskraft den Fortschritt fördert. Und noch ein weiteres wichtiges wirtschaftliches Problem wird in der Betrachtung der Landschaft besonders einprägsam, das ist die Frage, inwieweit Naturkräfte selbst in den Dienst des Produktionsprozesses gestellt werden können. Die Landschaft zeigt uns, ob hier in besonderer Maße Ausnutzung von Wasserkraften, Ausbau der Elektrizitätswirtschaft und dgl. möglich ist. Wir dürfen sicherlich den Wert solcher Eindrücke von der Landschaft her nicht verkennen.

Und nun kommt der Mensch in seiner besonderen Beziehung zur Landschaft. Wir wollen dabei absehen von seinen sozialen Lebensverhältnissen, deren Bedingungen in Wohnung, Arbeitszeit, Entlohnung und Kulturbedürfnis ja nur zum Teil aus der Landschaft direkt hervorgehen. Aber es ist doch so, daß die Landschaft auch den Volkscharakter formt. Der Mensch kann aufgeschlossen und lebendig sein (Thüringen, Rheinland) oder vollkommen in sich verschlossen, wenig aus sich herausgehend (Westfalen, Lüneburger Heide). Er kann auch besonders mit dem Boden verwurzelt sein, dem er hart seine Lebenseristenz abringen muß, wie z. B. u. a. in vielen Gebirgszügen. Auch die Einstellung zum Begriff Eigentum ist immer verschieden. Im letzteren Falle tief im Menschen verwurzelt, in großen Industriegebieten wieder höchst freizügig, da dort der Proletariat kaum anderes Eigentum als seine Arbeitskraft kennt.

Aus solchen Erkenntnissen ergibt sich dann meist auch das politische Bild. Je nach der aus der Landschaft hervorstechenden industriellen Entwicklung oder der Verwurzelung des einzelnen in und mit der Landschaft sind die Möglichkeiten der Aufklärung und der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation verschieden. Auch Kulturbegriffe und Kulturbedürfnisse gestalten sich je nach den sonstigen Gegebenheiten, und wir wissen, mit der Steigerung der Kulturbedürfnisse wächst die Organisationsfähigkeit und die Möglichkeit sozialistischer Beeinflussung. So stärkt zweifellos der richtige Einblick ins Landschaftsbild auch den gewerkschaftlichen und politischen Weisblick, und wir gewinnen wichtige Lebenserkenntnisse in der Verknüpfung von Bildungsarbeit und sozialem Wandern. Adolf Lau, Berlin.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung tarifvertraglicher Ansprüche.

Kernstück des deutschen kollektiven Arbeitsrechts ist der Paragraph 1 der Tarifvertragsordnung. Dieser gewährleistet die unmittelbare und unabhängige Wirkung der normativen Bestimmungen eines Tarifvertrages. Kein Arbeiter soll hiernach rechtswirksam auf seine tariflichen Rechte verzichten können. In der Rechtsprechung wurde dieser Grundsatz niemals in vollem Umfang anerkannt. Der nachträgliche Verzicht auf tarifliche Rechte wurde immer dann zugelassen, wenn er nicht unter wirtschaftlichem Druck erfolgt ist. Neuerdings geht das Reichsarbeitsgericht dazu über, streng zwischen dem sogenannten stillschweigenden Verzicht und dem ausdrücklichen Verzicht (Ausgleichsquittung) zu unterscheiden. Nur der stillschweigende Verzicht soll unwirksam sein, wenn er unter wirtschaftlichem Druck erfolgt ist. Der ausdrückliche Verzicht dagegen nur dann, wenn er von dem Arbeitnehmer widerrechtlich durch Drohung (§ 123 Bürgerliches Gesetzbuch) erzwungen ist, was der Arbeiter natürlich nur in Ausnahmefällen beweisen kann.

Eine weitere Verschlechterung der Rechtsprechung ist neuerdings dadurch eingetreten, daß das Reichsarbeitsgericht die Ansprüche aus einem Tarifvertrag für eine zurückliegende Zeit dann nicht mehr anerkennt, wenn der Arbeiter während der Dauer des Arbeitsverhältnisses der Gewerkschaft begetreten ist und dem Arbeitgeber davon nicht rechtzeitig Kenntnis gegeben hat. In derartigen Fällen wird vom Reichsarbeitsgericht der nachträgliche Anspruch auf tarifliche Rechte für eine zurückliegende Zeit mit der Begründung zurückgewiesen, daß das Verhalten des Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber arglistig sei.

Es bedarf keines weiteren Beweises, daß durch diese Rechtsprechung der Sinn der Tarifvertragsverordnung nahezu auf den Kopf gestellt wird. Nicht nur, daß die Arbeitgeber die über tariflichen Löhne abbaun, nicht nur, daß der Reichsarbeitsminister die tariflichen Löhne abbaut, darüber hinaus umgehen die Arbeitgeber die Erfüllung der Tarifverträge in zahlreichen Fällen noch dadurch, daß sie die Wirtschaftskrise und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit gegenüber den Arbeitern noch besonders ausnützen, um die Tarifverträge überhaupt auszufallen, worauf dann die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung entweder stillschweigend oder ausdrücklich eingehen. Alle diese eingerissenen Mißstände haben den Vorständen des ADGB und des IFA-Bundes Veranlassung gegeben, zur Behebung derselben die nachstehende Forderung zu erheben:

Der § 1 der Tarifvertragsverordnung erhält folgende Fassung:

„Verzicht, Erlaß, Verwirkung entstandener Ansprüche von Arbeitnehmern aus Tarifverträgen und aus Mindestentgeltfestsetzungen für Hausarbeiter sind während des Laufs der Verjährungsfrist unzulässig.“

Entgegenstehende Abmachungen oder solche, die den verbottenen Erfolg auf andere Weise zu erreichen suchen, sind nichtig.

Und noch ein nationalsozialistischer Erneuerer.

„Es ist zum Beispiel schließlich nicht angebracht, daß wir für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herausnehmen, während auf der anderen Seite Zehntausende von Gesunden sich aus wirtschaftlicher Not eine Kugel vor den Kopf schießen.“

Wir (also die Nationalsozialisten) unterstützen nach Möglichkeit jedes Fürsorgewesen, aber diese Möglichkeit hat ein Ende, wenn dieses Fürsorgewesen so weit geht, daß Krankes gequält und dabei Gesundes vernichtet und zugrunde gerichtet wird.“

So sagte der nationalsozialistische Abgeordnete Merk im badischen Landtag am 20. Februar 1930 bei der Beratung des Etatkapitels Wohlfahrtspflege.

Der Anspruch des Arbeitnehmers auf durch Tarifvertrag begründete Rechte ist unabhängig von der Kenntnis des Arbeitgebers von der Verbandszugehörigkeit des Arbeitnehmers.

Der Anspruch des Arbeitnehmers besteht auch dann, wenn er auf Befragen des Arbeitgebers seine Verbandszugehörigkeit verschweigt.“

Diese Forderung ist als Antrag Nr. 724 am 6. Februar 1931 von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Reichstag eingebracht worden. Bei der Stellungnahme zu diesem Antrag wird sich wiederum erweisen, welche Parteien bereit sind, feilschverständliche Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Dieser Antrag bedeutet an sich ja keinesfalls eine Erweiterung geltenden Rechtes, sondern nur die Wiederherstellung des Sinnes und Zweckes der bestehenden Tarifvertragsverordnung, nachdem die Rechtsprechung gegenüber dieser gesetzlichen Regelung fast vollkommen versagt hat.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Am 8. Februar fand unsere Kreis-Generalversammlung statt. Als Vertreter des Hauptvorstandes war der Verbandsvorsitzende Kollege Thiemig (Hannover) anwesend. Der Geschäftsbericht des Kollegen Stahl und der Kassenbericht des Kollegen Ragner wurden mit Befriedigung angenommen. Die zum Geschäftsbericht gestellten Anträge wurden ohne größere Debatte erledigt, ebenso einstimmig erfolgte die Neuwahl der Kreis-Verwaltung. Die Verwaltung setzt sich aus verschiedenen Branchenvertretern zusammen. Es sind dies die Kollegen Reiz, Ohlemüller, Meß (Darmstadt) und Dietrich (Groß-Zimmern) für die chemische Industrie, Kollege Schwinn (Nieder-Beerbach) für die Papierindustrie, Kollege Hüner (Groß-Beran) für die Nahrungsmittelindustrie, Kollege Bernhardt (Hahnlein) für die keramische Industrie und die Kollegen Chelius (Darmstadt) und Müller (Nieder-Ramstadt) für die übrigen Betriebe. Der Vortrag des Kollegen Thiemig (Hannover) über unsern Kampf gegen die kommunistischen und nationalsozialistischen Gewerkschaftsvertreter wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion war mit wenigen Ausnahmen leblich.

Mag. Am 8. Februar fand die Generalversammlung unserer Bezirkszahlstelle statt. Für ein wirtschaftspolitisches Referat war Gauleiter Kollege Lehmann (Hirschberg) gewonnen worden. Er sprach über „Die gegenwärtige Staatsform“. Den sehr umfangreichen Geschäftsbericht erstattete Bezirksleiter Kollege Dieckhoff. Unendlich viel Arbeit wurde im Interesse der Mitglieder geleistet. Um weiter erfolgreiche Arbeit leisten zu können, ist die Heranziehung aller im Erwerbsleben stehenden Frauen unbedingt erforderlich. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis jede Arbeiterin als Kollegin in unseren Reihen steht. Den Kassenbericht erstattete ebenfalls Kollege Dieckhoff. In den Bezirksvorstand wurden wiedergewählt, als 1. Bevollmächtigter Kollege Kapp (Schreckendorf), als 2. Bevollmächtigter Kollege Feistel (Habelschwerdt), als Kassier die Kollegen Kubinke (Goldbach), Jasche (Habelschwerdt), Mühl (Habelschwerdt). Kollege Dieckhoff referierte weiter über...

Verwaltungsangelegenheiten. Am Schluß des Kollegen Kapp die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, in diesem Jahre tatkräftig mitzuwirken, um den Verband stark und widerstandsfähig zu machen. Vert. Feistel.

Kahlschütte (Thür.). Am 8. Februar tagte in Kahlschütte die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle, um den Geschäfts- und Kassenbericht des Jahres 1930 entgegenzunehmen und die Neuwahlen für die Ortsverwaltung durchzuführen. Der Redakteur des „Kasselerischen Bundes“, Kollege Nenninger (Berlin), hielt ein Referat über „Die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft seit dem Weltkrieg“. In einer zweistündigen Rede legte Kollege Nenninger, mit gutem Material ausgerüstet, die weltwirtschaftlichen Dinge dar. Er zeigte auch die Möglichkeit, wie eine Besserung der Wirtschaftslage erreicht werden kann. Selbst die anwesenden Kommunisten konnten dem Vortrag nichts widerlegen. Auf eine Diskussion wurde von allen Anwesenden verzichtet. Einige Kollegen äußerten den Wunsch, diesen Vortrag als Broschüre herauszugeben. Hierauf gab Kollege Müller den Geschäftsbericht. Hervorzuheben ist, daß sich die Arbeitsgerichte Jena, Saalfeld und Sonneberg sowie das Landesarbeitsgericht Jena allein in 61 Sitzungen mit Arbeitsstreitigkeiten unserer Mitglieder zu befassen hatten. Beteiligt waren hieran 1083 Mitglieder. Entschädigungen konnten wir für unsere Kläger 24 244 Mark von den Gegenparteien herausholen. Koll. Feistel erstattete den Kassenbericht. Die finanzielle Entwicklung der Zahlstelle ist durch die ungeheure Wirtschaftskrise gebremst, jedoch nicht erschüttert worden. Der Mitgliederbestand konnte im Laufe des Berichtsjahres noch um 95 Mitglieder erhöht werden. Die Wahl der Verwaltung ergab gegen 10 Stimmen die Wahl der Liste der Ortsverwaltung.

Rudolfsk. Kollege Liebchen erstattete in der Generalversammlung am 1. Februar 1931 den Geschäftsbericht. Redner kam zu dem Ergebnis: Trotz den Anstrengungen der Unternehmer ist es ihnen im verflochtenen Jahr nicht gelungen, die Löhne in unserem Zahlstellengebiet zu kürzen. Wir können feststellen, daß wir uns tapfer gehalten haben. Denn wir mußten in schwerster Wirtschaftskrise nicht nur den Abwehrkampf gegen die Unternehmer führen, sondern auch gegen die äußersten rechten und linken Flügel der „Arbeiterbewegung“ und ihre unerantwortliche Zersplitterungsstaktik. Den Kassenbericht erstattete Kollege Siegel. Besonders hervorzuheben ist, daß der Hauptvorstand an 589 Mitglieder eine Sonderunterstützung in Höhe von 3668,50 Mark, die Lokalkasse eine solche von 1700 Mark gewährt haben. Kollege Liebchen ermahnt in seinem Schlusswort, weiter im bisherigen Sinne zu arbeiten, um zum Wohle des Verbandes und der Gewerkschaftsbewegung unsere Aufgaben zu erfüllen. Die Verwaltung wurde wiedergewählt.

Stettin. Feldmühlen-Wilkh. Die Papierfabrik Feldmühle befindet sich an der Odermündung, in dem idyllisch gelegenen Ort Odermünde bei Stettin. Über weniger idyllisch sind die Zustände im Betriebe. Um die Arbeiterschaft besser und leichter zum werksgemeinschaftlichen Standpunkt zu erziehen, wird jedem Arbeitnehmer die Werkzeitung „Die Feldmühle“ wöchentlich unentgeltlich verabfolgt. In der Nr. 39 vom 27. 9. 1930 erschien ein Leitartikel „Der Ruf nach Führerschaft“, in dem u. a. die amerikanischen Anweisungen, „Gebote für den Vorgesetzten“ vorgetragen werden. Dort heißt es unter 2: „Sei gerecht! Habe keine Günstlinge und keine Sündenböcke! Ein Vorgesetzter muß des öfteren an Tugend Entscheidungen treffen. Deshalb muß er gerecht sein.“ Wird in der „Feldmühle“ nach diesem Grundsatze gehandelt? Die Beamten und Angestellten sind zum größten Teil Mitglieder in den verschiedenen bürgerlichen Vereinen, als da sind: Gesangsverein, Turn-, Regal- und Kriegerverein, Schornhorstbund, Kriegsbeschädigtenbund und andere Vereine.

Nun sollte man meinen, daß durch diese Harmonie auch die Arbeiterschaft profitiert. Weit gefehlt. Die geringste Verfehlung wird mit Abzügen bis zum halben Tagelohn geahndet.

Besonders die neue Versuchsanlage ist eine Strafkolonie, in der es Strafen regnet. Aus Angst, entlassen zu werden, beschwert sich niemand. Wenn einmal eine Schwärze vorliegt, wird von der Betriebsleitung geanklagt: Wollen Sie, daß wir ihn lieber entlassen sollen? Unliebsame Elemente werden gelegentlich in eine andere Saison-Betriebsabteilung versetzt und später entlassen. Ein Mitarbeiter, Otto Friedrich, vom Wasserwerk, sorgte für Aufklärung bei der Direktion, wo er willig Gehör findet. Die Welken haben ihn über die Klinge springen lassen, die Christen haben ihn ebenfalls abgehakt und nun sucht dieses Talent einen anderen Wirkungskreis.

Ein besonderes Kapitel ist die Spritfabrik, wo der Betriebsleiter Roje, ein früherer Hauptmann, herrscht. Der Herr Hauptmann kann es immer noch nicht verstehen, daß die Arbeiter nicht vor jedem Briefkasten framm stehen müssen. Ab und zu hält er Appell in der Werkstalt ab. Wer Stahlhelmer ist, findet Gnade, aber wehe, wenn jemand anders denkt oder einer anderen Meinung halbigt. Warum mußte Meister Schreyer, früherer Stahlhelmführer in Odermünde, gehen? Warum mußte M. gehen? Lehsteter, weil er sagte, ein Stahlhelmführer von der Feldmühle sei monatelang, ohne die Fahrkarte zu erneuern, auf der Reichsbahn, Strecke Odermünde, gefahren. Freie Gewerkschafter sind dem Herrn Hauptmann ein Dorn im Auge. Mußte das Betriebsratsmitglied Stark nicht nach der Hauptwerkstalt abwandern?

Während in früheren Jahren mehrere Betriebsratsmitglieder von der Arbeit freigestellt waren, verlangt jetzt die Direktion von dem Betriebsratsvorsitzenden Wolkenhain, nur die allernotwendigste Zeit für seine Betriebsratsstätigkeit zu verwenden.

Der Riesenbetrieb soll wohl noch mehr Unfälle erzielen als bisher und der Einfluß der Vertretung herabgemindert werden? Kein Wunder! Führt doch der Herr Direktor Benzinger in allen Betriebsratsitzungen, an denen er teilnimmt, den Vorsitz. Der Herrenstandpunkt im Betriebe ist bisher aufrechterhalten, der Knechtstandpunkt soll mit Hilfe der Werksgemeinschaft wieder eingeführt werden.

Friedrich, der eiserne Mann, hatte kürzlich die Welken, Stahlhelmer u. a. Rückgratlose in der Regelbahn der Feldmühle zusammenberufen, um einen vaterländischen Betriebsrat zusammenzustellen, aber jeder lehnte ab, mit Friedrich zusammen zu kandidieren.

Arbeiter der Feldmühle, Augen auf! Man hat euch die Prämien gekürzt, die über tariflichen Löhne abgebaut, den Tariflohn trotz Dividendenzahlung von 12 Prozent und erheblicher Abschreibungen um 6 Prozent herabgesetzt, eine weitere Herabsetzung soll folgen. Wehrt euch! Schließt euch zusammen im Verband der Fabrikarbeiter und werdet Mitkämpfer für euer Mitbestimmungsrecht und gerechten Anteil für eure Arbeitsleistung! R. Lerjow.

Rundschau.

Ein echter Nazi.

Folgende Anzeige stammt aus dem in Füssen (Oberbayern) erscheinenden Hifler-Blatt:

„Dem Feind zur Lehr,
Zu Deutschlands Wehr,
Durch Kaiser schnitt im Kampf geboren
Ein Adolf! Heil hat uns erkoren!“

Füssen, den 5. August 1930.

Die geprüften Eltern

Dr. Albrecht Steglich und Frau Betty.“

Nun fehlt bloß noch, daß als untrügliches Merkmal eines echten Hifler-Deutschen die Geburt unter Anwendung des Kaiserschnitts verlangt wird. Höher geht die Geschmackslosigkeit schon nicht mehr. Wir wünschen den geprüften Eltern (worin geprüft?), daß der Lebensweg ihres Sprößlings minder anständig verlaufen möge, als der Eintritt des kleinen Adolf in die Welt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Doppel-Beruf.

Von Alois Wohlmuth.*

Ein Heu' redt hüpfte durch den Klee;
Ein Hase sah's und sprach: „Gesteh',
Dein Hüpfen und Gespringe ist
Ein Vorwärtskommen herzlich trift!
Drauf hat das Heupferd ihm gesagt:
„Wenn dir mein Hüpfen nicht behagt,
Bedenk' — und darin bin ich groß!
Ich hab' ja auch das Fliegen los ...
Jetzt flieg' ich — Schau! — nach jenem Ort!
Flog stracks in halben Sprüngen fort. —
Ein Vogel, welcher zugehört,
Sprach: „Seupferd, das mußt du gestehn:
Im Fliegen bist du Dilettant!“
„Wie“, rief es, „ist dir nicht bekannt,
Daß mich, das ist mein Hauptberuf,
Natur zum großen Springer schuf?“
So stellte es mit schlaudem Sinn
Und recht durchtrieben und gewandt,
Wenn man ihm eins nicht trefflich fand,
Das andre als sein Bestes hin:
Wie's auch bei manchem Menschen geht,
Der vieles — doch nichts recht versteht.

* Vierundsechzig Fabeln von Alois Wohlmuth. Mit Federzeichnungen von Gulbranson. Verlag Georg Müller, Berlin und München.

Das Venusbild.

Von Artur Schup.

Fred war Maler aus Liebhaberei. Sein Onkel, bei dem er schon seit vier Wochen auf Besuch weilte, nannte ihn nur einen miserablen Klecker, der mit seinen Bildern nur die Menschen verunstaltete.

Er befand sich damals in einer sehr peinlichen Situation. Gewöhnliche Stierblinde nennen sie Geidortlegenheit. Und meistens endet sie mit Schulden. Fred aber qualte nicht nur das erste Stadium, er hatte auch das zweite schon erheblich überschritten. Fred hatte also kein Geld, dafür Schulden, die in absehbarer Zeit beglichen werden sollten.

Dafür hatte er Bilder. Gemälde! Mit diesen Bildern wollte er im Pflanzengarten seines Onkels eine Gemäldeausstellung veranstalten, verbunden mit Verkauf. Er hoffte auch auf einen guten finanziellen Erfolg. Die Bauern trugen ja alle einen klingenden Beutel bei sich. Von Kunst verstanden sie zu seinem Vorteil wenig. Sie konnten ja nicht mit dem Verstand urteilen. Nur mit den Augen. Kunst und schön war für sie ein Begriff. An dem das Auge hing mit Wohlgefallen, war also für sie auch ein wahrer Kunstgenuss und Kunst. Und schön waren ja seine Bilder alle. Nur mußte er sich noch die Genehmigung seines Onkels holen. Der war aber für solchen Spieles nicht zu sprechen. Er war der allmächtige Kirchenvater der dortigen Gemeinde und hatte diese wohl und ordentlich beisammen. Wollte sie also nicht durch einen billigen Witz anseinerbergschickelt werden. Fred mußte daher seinem Herzen schon einen gewaltigen Stoß geben, um den Onkel mit seiner Bittigkeit bekannt zu machen.

Eines Tages trat er auch wirklich an ihn heran:

„Onkel, ich habe einen Wunsch.“

„Hoffentlich keine Berrücktheit.“

„Ich möchte in deinem Pflanzengarten eine Gemäldeausstellung veranstalten. Gibst du mir die Genehmigung dazu?“

Der Onkel sah ihn groß an:

„Für wen?“

„Für wen macht man Ausstellungen?“

Der Onkel schüttelte mit den Händen in der Luft herum:

„Nichts zu machen. Die Bauern haben genug zu tun mit ihren Rüben und Erdäpfeln, so daß sie für deine Bilder keine Zeit übrig haben.“

Sin und her drehte sich das Gespräch. Fred suchte seinen Onkel von der Wahrschichtigkeit seiner Kunst zu überzeugen. Nannte ihn einen billigen Menschen, der am Altan klebt wie eine Fliege am Honig. Schließlich wurde es dem Onkel zu dumm. Er sagte ja und Amen zugleich.

Im Pflanzengarten wurde jetzt gehämmert und gebastelt. Bilder auf- und wieder abgehängt. Unter jedem Bild wurde dann die Beschriftung und der Preis angebracht.

Der Mesner war ihm dabei ein hilfreicher Geist. Er wurde dann, als alles soweit fertig war, mit den einzelnen Bildern bekannt gemacht und zum Ausstellungsleiter proklamiert, der die Besucher zu empfangen hatte und, wenn es nötig war, ihnen Auskunft geben mußte. Fred versprach ihm dafür fünf Prozent der Einnahmen.

Damit die Sache auch im Dorf bekannt wurde, holte sich Fred einige Ruben aus dem Dorf, die mächtige Plakate herumtragen.

Die Stunde der Eröffnung nahte heran. Fred änderte noch häufig einige Preise und verschwand dann, um sich vor Lorchschlag nicht mehr sehen zu lassen. Bei einem gewöhnlichen Schoppen Wein überdachte er den Entsch.

Der Mesner sah unterdessen in seinem Stuhl und wartete auf den ersten Besucher. Auch er rechnete seinen Profit aus.

Mühsig kam Leben in die Gemälde des Mesners. Durch die enge Tür des Pflanzengartens schob sich der behäbige Grandhuber, einer der reichsten Bauern im Dorf. Geschäftig sprach Eusebius, so rief man den Mesner, von seinem Stuhl dem Kommenden entgegen: „Lag, Grandhuber!“

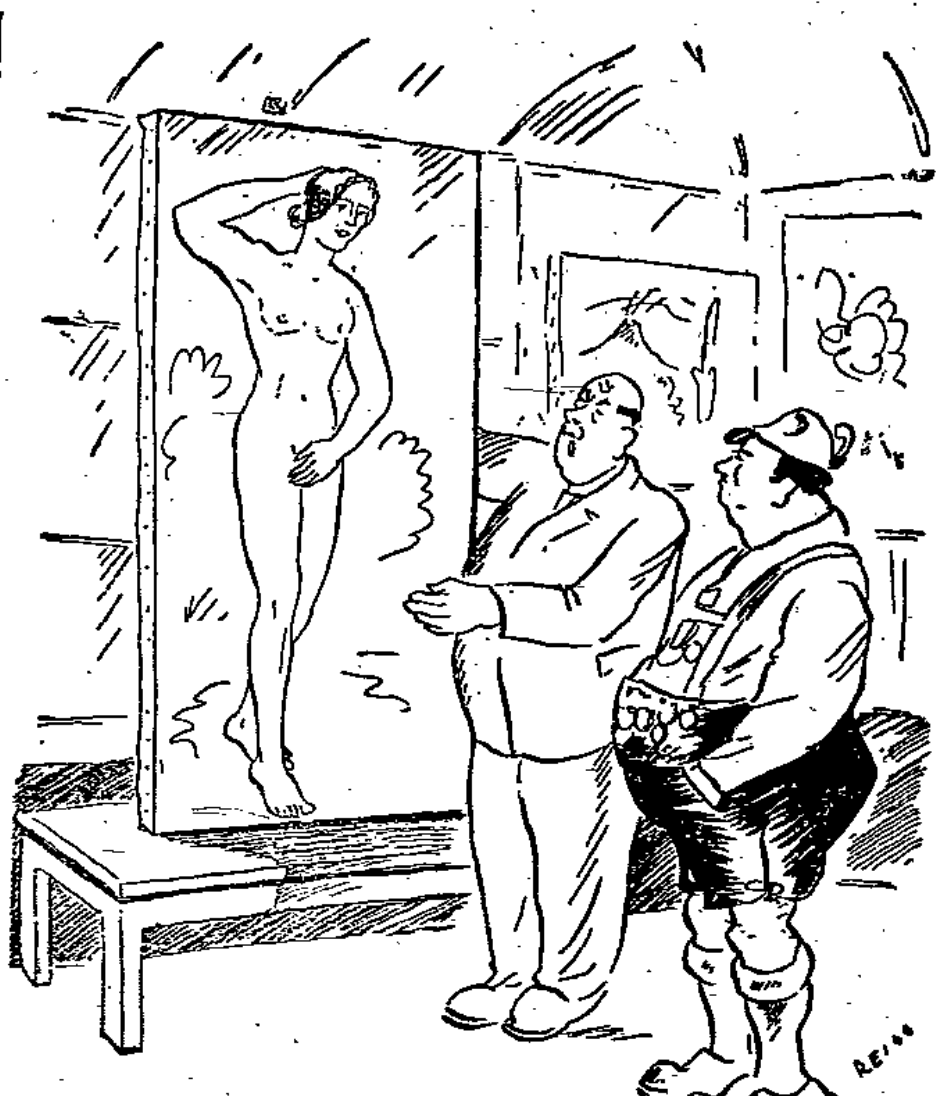
Der Grandhuber sagte: „Dich find' man doch überall.“

„Man guck halt, wo's was zu verdienen gibt“, lächelte Eusebius. „Acht Ruben wollen gefallen sein. Willst wohl unsere Ausstellung aufheben?“

„Ach ...“ kritisierte Grandhuber. „Kaufen will ich mir ein Bild, gefällt mir eins. Meine Rest hat aber morgen Gebrauchsstag. In einem Bild hängt ja ihr Herz schon lange.“

„Heißt recht“, meinte darauf der Mesner, der ein gutes Geschäft machte. Die Gelegenheit muß man am Schoppe lassen. Wer weiß, wann sie wiederkehrt. Weigere, was da hängt, ist Kunst. Wahrhaftige Kunst, die wir mit unseren Querschüssen nicht begreifen können. Wir müssen da nur schauen. Schau dir's an. Hier ist ein schönes Bild. Kunst in seiner Einfachheit. Momentan ist das Kunstwerk bevor ihn der Satan besuchte und sein Blut erpöpte.“

Grandhuber wehrte ab: „Ein Weib mag sein. Eine, wo auch schon ein wenig anstetl' Merkmal gekostet.“



„Ihr Gesicht ist schön“, meinte darauf Grandhuber, andächtig in das Bild vertieft. „Aber, aber! Sie hat ja nichts an. Nicht mal ein Feigenblatt. So was kann ich nicht kaufen. Meine wegen könnte es auch so über dem Bett hängen, wär's nicht für meine Rest. Du weißt, bringt man so was nach Hause, ist man gleich stiftlich verwahrt. Sonst würde ich es recht gerne kaufen. Nur weil sie so ein schönes Gesicht hat.“

„Ich versteh' dich“, versicherte Eusebius. „Dem Abel kann aber abgeholfen werden. Der Maler soll ihr ein Feigenblatt oder sonst was über die empfindliche Stelle pinseln.“

Grandhuber überlegte: „Weißt was? Der Maler soll sie vom Hals bis zu den Knien in eine Wolke hüllen, als würde sie gen Himmel fahren.“

„Gut! Morgen kannst du dann das Bild holen. Ich kann es dir auch bringen.“ Geschäftig rieb er sich dabei die Hände.

„Lieber wär' es mir. Nimm das Geld gleich.“ Grandhuber einen schweren Beutel aus der Hosentasche.

„Danke!“

„Verges' aber ja die Wolke nicht!“

„Du kannst dich verlassen.“

Eusebius schmunzelte, als er seinen Profit ausrechnete. Neue Besucher kamen. Jedoch keine Kunststücker. Die Neugierde trieb sie her. Wie sie kamen, lachend und schwägend, gingen sie auch wieder.

Kurz vor Lorchschlag kam dann Fred angeschwauzt. Hinter ihm schob sich nochmals die ansehliche Gestalt des Grandhubers durch die Tür.

„Ja, Grandhuber, was gibst?“ empfing ihn der Mesner.

„Ich komm nochmal wegen dem Bild“, erwiderte Grandhuber. „Das mit der Wolke gefällt mir nicht.“

„Kannst es gleich dem Maler sagen“, meinte der Mesner und deutete auf Fred. „Der Mann hat die Venus gekauft.“

„Ja“, stolperte Grandhuber, den die Nähe des Malers etwas in Verlegenheit gebracht. Er dachte aber an sein gutes Geld, das er für das Bild gegeben hatte, und trug darauf ungeniert seine Bitte vor: „Etwas gefällt mir nicht. Das Gesicht ist ja wunderbar. Aber das andere, das Nackte, gefällt mir nicht. So darf ich das Bild meiner Frau nicht bringen. Da mein ich nun, wenn Sie über das Nackte eine Kette pinseln, so eine wie die Klosterfrauen anhaben, und dann um den Hals noch ein Kreuz hängen, ist das Bild auch nicht verhandelt.“



Fred stierte den Grandhuber an und meinte darauf: „Mann! Unmögliches verlangen Sie von mir.“

Der Grandhuber bestand aber darauf, andernfalls müsse er seinen Kaus richtig machen. Fred fuhr sich bei dieser Antwort verlegen durch das Haar. Er dachte an die siebenzig Mark, dachte an seine Schulden und gab nach. Versprach dem Grandhuber, seinem Wunsch gerecht zu werden.

Als dann der Grandhuber seiner Rest das Bild überreichte, wußte sie nicht, wohin mit ihrer Freude. Sobald sie es ansah, lachte sie froh und glücklich über ihre herrliche Venus.

Gänsebraten.

Von Johannes Köster.

Paul und Pauline löffeln ihren Kaffee. Es klingelt. „Ein Brief“, brachte Minna die Morgenpost. Er war an Frau Pauline adressiert. Deshalb öffnete ihn der Mann.

„Wer schreibt denn?“, fragte Pauline. „Was denkst du denn, wer schreibt?“

„Wer soll schon schreiben?“

„Emmerichs“, legte der Mann gewichtig den Brief auf den Tisch. „Emmerichs? Welche Emmerichs?“

„Emmerichs aus Dresden. Die wir im Sommer im Bad getroffen haben.“

„Ach so! Leben die auch noch? Was schreiben sie denn?“

„Sie wollen uns morgen besuchen. Zum Abendbrot.“

„Sollen sie schon kommen?“

„Was heißt: sollen sie schon kommen?“ brummte Paul, „warum kommen sie denn? Was wollen sie denn? Sich einen billigen Abend machen, sich den Wanst vollschlagen für mein Geld wollen sie. Das sind so deine Bekannten.“

„Wieso meine Bekannten? Du kennst sie doch genau so wie ich?“

„Wer hat denn die Frau zuerst angesprochen?“

„Ich, weil du den Mann kennst.“

„Weil ich den Mann kenne, brauchst du nicht gleich mit der ganzen Verwandtschaft dicke Linde zu sein. Nächstens befreundest du dich noch mit der Frau des Schaffners, der mir früh meine Fahrkarte zwick. Oder ladest die Schwester vom Briefträger ein. Hänge doch gleich eine Tafel vor das Haus: Freies Mittagessen für jedermann. Mein Mann zahl' alles. Aber diesmal hast du dich geschnitten. Von mir kriegst du nicht einen Groschen. Sieh zu, wie du deine Bekannten bewirtest.“

Pauline weinte noch ein wenig sauft in die Kaffeetasse. Dann ging sie in die Küche.

„Minna“, rief sie. „Hier bin ich.“

„Wir bekommen morgen Abend Besuch. Haben Sie noch Wirtschaftsgeld?“

Minna antwortete wie alle Mädchen in solchen Fällen: „Nein. Nur noch ein paar Pfennig.“

„Dann müssen wir eben etwas Einfaches kochen. Für jeden zwei Paar warme Würstchen. Nun passen Sie aber auf. Ich werde vor Tisch erzählen, daß wir eine gebratene Gans haben. Bevor Sie jetzt die Würstchen auftragen, lassen Sie einen Teller mit großem Krach fallen, schreien auf, ich komme aufgeregt heraus, und wir tun so, als ob die Gans in den Kohleneimer gefallen wäre. Ich werde furchtbar mit Ihnen zanken, und dann verlieren Sie einfach die inzwischen gekochten Würstchen. Haben Sie mich verstanden?“

„Ja, gnädige Frau“, grientete Minna vergnügt. Die Sache machte ihr mächtigen Spaß.

„Der Besuch ist da“, meldete Minna am nächsten Abend. Paul und Pauline strömten ihm entgegen.

„Das ist aber nett von Ihnen“, drückte Paul beiden die Rechte, „daß Sie uns auch einmal besuchen. Wir haben uns gestern so gefreut, als wir Ihren Brief bekamen.“

Emmerich schälte drei ruppige Rosen aus dem Papier. „Gestatten — eine Kleinigkeit.“

„Über das war doch wirklich nicht nötig“, nahm Pauline die Blumen und gab sie in die eigens dafür vorbereitete Vase. „Sie werden sicher hungrig sein“, sagte sie dann, „darf ich gleich zu Tisch bitten?“

Emmerichs ließen sich das nicht zweimal sagen. Sie drängten in das Speisezimmer, wo der Tisch gedeckt stand. Pauline baute die Blumenvase in die Mitte und erhöhte so den feierlichen Glanz.

„Sie haben sich doch hoffentlich keine Unkosten wegen uns gemacht“, meinte Emmerich.

„Wir haben nur eine Gans.“

„Siehste“, strahlte Frau Emmerich jetzt über das ganze Gesicht, „was habe ich gesagt? Wir kriegen hier sicher etwas Gutes zu pappeln. Vielleicht gar eine Gans.“

„Das freut mich, Ihren Geschmack getroffen zu haben“, lächelte Pauline und klingelte dem Mädchen. „Jetzt mußte das große Ereignis-eintreten.“

Minna stand in der Küche. Weit und breit keine gebratene Gans. Dafür hielt sie in der linken Hand einen Suppenteller mit acht Paar gekochten Würstchen. In der anderen Hand schwang sie den leeren Teller, jederzeit bereit, ihn mit Krach in den Kohleneimer zu schleudern. Sie klingelte es.

Inzwischen band man sich im Zimmer die Servietten um den Hals. Pauline klingelte noch einmal. Da klang von der Küche her ein großer Krach. Geschirr klirrte. Eine Frauensimme schrie hell auf.

„Um Gotteswillen! Die Gans!“ eilte Pauline entsetzt in die Küche. Noch im Zimmer rief sie: „Minna, Minna? Was haben Sie denn gemacht? Was ist Ihnen denn heruntergefallen? Sicher die gute Gans, was?“

Minna schrie und weinte in der Küche, wie ihr eingelehrt war. „Das ist mit furchtbar unangenehm“, wandte sich Pauline noch einmal an die Gäste, bevor sie Minna zur endgültigen Bestätigung herbeiholte. „Jetzt haben wir nichts mehr zu essen, bis auf ein paar warme Würstchen, die mir zufällig im Hause haben, so ein Kreuz heutzutage mit den Diensthöfen! Minna, Minna, kommen Sie herein!“

Minna schlich sich durch die Tür. Ihr Gesicht barg sie weinend in der Schürze. Pauline freute sich über das gelehrige Mädchen. „Was haben Sie denn lassen?“ fragte sie streng. Keine Antwort. „Sie haben doch etwas fallen lassen?“ fragte sie streng. Keine Antwort. „Sie haben doch etwas fallen lassen?“ fragte sie streng. „Ja“, meinte Minna. „Wohin?“

„In den Kohleneimer.“

„Die Gans, was?“ freute sich jetzt Pauline ihres gelungenen Tricks. Minna weinte immer lauter und sagte: „Nein. Die Würstchen.“

Humoristische Ecke.

Ein eigenfälliger Fall in Russland.

Am Dyrjansk wird gemeldet: Der Bau des neuen Elektrizitätswerks ist beendet. Der Bau hat nicht mehr gekostet, als der Voranschlag vorhat und ist zum festgesetzten Termin abgeschlossen worden. Veruntreuungen sind nicht zu verzeichnen. Daraufhin hat sich die zuständige Untersuchungskommission an Ort und Stelle begeben.